

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die vierspaltige Beilagenzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 209.

Mittwoch, den 8. September 1897.

4. Jahrgang.

Sterben eine Beilage.

Obligatorische Arbeitslosenversicherung.

Die Arbeitslosigkeit ist eine soziale Massenerscheinung, eines der schlimmsten der aus dem kapitalistischen Wirtschaftssystem resultierenden Uebel. Ihm erfolgreich zu begegnen, es zu beseitigen oder auch nur in nennenswerther Weise zu mildern, dazu ist die bürgerliche Gesellschaft nicht im Stande, denn der sie beherrschende Kapitalismus hat ja die Erzeugung, Erhaltung und Vermehrung einer industriellen Reservearmee zur unerlässlichen Voraussetzung; sie kann höchstens in irgend einer Weise Mittel gewähren zur Vinderung des Elends, welches durch die Arbeitslosigkeit unausgesetzt über Millionen Proletarier und deren Familien verhängt wird. Was für Mittel stehen ihr zu Gebote? Sie hat die öffentliche Armenpflege; diese muß eintreten auch für diejenigen, die wegen Mangels an Erwerbsgelegenheit nicht im Stande sind, ihren Unterhalt zu erwerben. Aber Armenunterstützung ist in solchem Falle für die Empfänger besonders entwürdigend, zumal sie im Deutschen Reich den Verlust eines der wichtigsten politischen Rechte, des Wahlrechts nach sich zieht. Der schuldlos in Arbeitslosigkeit und Noth gerathene ehrliche Mensch wird so mit dem Verbrecher, dem man die bürgerlichen Ehrenrechte aberkennt, auf eine Stufe gestellt.

Mehr und mehr hat sich in den letzten Jahren auch in den Kreisen bürgerlicher Elemente die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß es sich der Arbeitslosigkeit und ihren schlimmen Folgen gegenüber um Verpflichtungen handelt, die auf öffentlich-rechtlichen Gebieten und nicht auf dem der staatlichen oder kommunalen Armenpflege liegen, also daß den Arbeitslosen und ihren Angehörigen ein gesetzlich begründeter, rechtlicher Anspruch auf Gewährung der nöthigen Existenzmittel einzuräumen ist. Die seither im Deutschen Reich geschaffene Arbeiterversicherungs-gesetze für Krankheit, Unfall, Invalidität und Alter sind der Ausbreitung dieser Ueberzeugung sehr förderlich gewesen. Denn alle die sozialpolitischen und rechtlichen Erwägungen, die bei Schaffung dieser Gesetze ausschlaggebend waren, sind auch für die Arbeitslosenversicherung geltend zu machen. Auch bei dieser handelt es sich um den Schutz weiter Arbeitskreise gegen das Versinken in die tiefste Noth.

Versuche, die öffentliche Arbeitslosenversicherung in's Werk zu setzen, sind bekanntlich bis jetzt nur in einigen Kantonen der Schweiz gemacht worden. Dieselben sind allerdings mißlungen, aber lediglich in Folge fehlerhafter Anlage des Unternehmens, sowie der Opposition der zu Beiträgen herangezogenen Unternehmer und derjenigen Arbeiterkategorien, für welche die Gefahr der Arbeitslosigkeit nur in geringem Maße besteht und die deshalb die Beitragsleistung als zu ihrem Risiko nicht im Verhältnis stehend erachteten.

In Deutschland haben einige wenige gewerkschaftliche Organisationen die Arbeitslosenunterstützung in den Kreis ihrer Aufgaben einbezogen. Die Masse der gewerkschaftlich organisirten Arbeiter jedoch ist dieser Einrichtung nicht geneigt, weil sie darin nicht ohne Grund eine Behinderung in der Erfüllung ihrer Aufgabe, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, sieht, und weil sie der Ansicht ist, daß die Frage öffentlich-rechtlich entschieden werden muß. Der Umstand, daß die kapitalistische Presse schon oft den gewerkschaftlichen Organisationen die Uebernahme der Arbeitslosenversicherung warm empfohlen hat, trägt nicht dazu bei, den Widerstand, den die große Mehrheit der Mitglieder dieser Organisationen der Einrichtung entgegensetzt, abzuschwächen.

Von den politischen Parteien Deutschlands hat bis jetzt die bürgerlich-demokratische „deutsche Volkspartei“ die Forderung der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit — und zwar gegen „unverschuldete“ — in ihr Programm aufgenommen. Die Versicherung soll erfolgen auf kommunaler Grundlage und in Verbindung mit dem Arbeitsnachweis. Nach einem Beschluß des letzten Kongresses dieser Partei soll eine Kommission versuchen, einen diesbezüglichen Gesetzesentwurf zur Vorlage an den Reichstag zu Stande zu bringen.

In der letzten Reichstagsession regte, entsprechend einem Beschluß des deutschen Katholikentages von 1894, der ultramontane Abgeordnete Dr. Sibe den Gedanken an, diese Versicherungsart den Berufsgenossenschaften für die Unfallversicherung zu übertragen. Und die zur Vorberathung der Unfallversicherungsgesetznovelle eingesetzte Reichstagskommission beschloß, dem § 5a des gewerblichen Unfallversicherungsgesetzes als neuen Absatz hinzuzufügen: „So lange der Verletzte in Folge des Unfalles thätig und unverschuldet arbeitslos ist, kann der Genossenschaftsvorstand die Theilrente bis zum Betrage der Vollrente vorübergehend erhöhen.“ Nach dem Kommissionsbericht bezweckt diese Vorschrift einen „Ausgleich der allgemein empfundenen Härte, daß der Arbeiter nach Beendigung des Heilverfahrens schwer Arbeit finden, auch zunächst in die neue Arbeit sich eingewöhnen müsse und deshalb weniger verdienen“. Eine solche Provis rechtfertigt sich ohne Zweifel aus der Tendenz des Unfallversicherungsgesetzes. Aber für die Frage der allgemeinen Regelung der obligatorischen Arbeitslosenversicherung ist sie nebensächlich.

Die grundsätzlichen Gegner derselben verfallen auf die absonderlichsten Projekte. So hat kürzlich der Professor Schanz in Würzburg den individuellen Sparzwang als „vollgiltigen und reichlichen Ersatz für die Zwangsversicherung“ vorgeschlagen. Jeder industrielle Arbeiter soll angehalten sein, wöchentlich neben seinem Krankenversicherungsbeitrag wenigstens zwanzig Pfennige, Bauhandwerker und Saisonarbeiter 10 Pct. des effektiven Lohnes sich vom Arbeitslohn abziehen zu lassen, welcher Betrag nebst einem Zuschuß von zehn Pfennigen, bei Bauhandwerkern und Saisonarbeitern von 10 Pct. des Lohnes vom Arbeitgeber durch Vermittlung der Krankenkasse einer öffentlichen Sparkasse zugeführt wird. Diese Wochenbeiträge bleiben gesperrt; die angesammelte Summe kann nur in bestimmten mäßigen Wochengeldern nach eingetretener Arbeitslosigkeit zurückgezogen werden.

Der Vorschlag läuft offenbar darauf hinaus, die herrschende Klasse, den Kapitalismus, welcher doch allein und durchaus verantwortlich ist für die Arbeitslosigkeit, von der ganz selbstverständlichen Leistungspflicht zu entbinden.

Derselbe Herr Professor Schanz und andere bürgerliche Sozialpolitiker haben eine Reihe von Bedenken erhoben, die dahin zusammenfassen sind:

Die Kosten würden kaum aufzubringen sein. Die Schwierigkeiten der Organisation, der „gerechten Gefahrenklassenbildung“ u. würden sich kaum überwinden lassen. Der Zwang zur Arbeitslosenversicherung sei äußerst bedenklich, weil er die „Fleißigen und die Faulen, die Redlichen und die Unredlichen“ umfassen müßte. Die Tüchtigsten und Fleißigsten, „die selten arbeitslos werden (!), müßten Jahraus und Jahrein hohe Beiträge zahlen für die minderwerthigen Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkte. Das müßte schließlich die besten Solidaritätsgefühle über den Haufen werfen. Es sei sehr schwer, zwischen verschuldeter und unverschuldeter Arbeitslosigkeit zu unterscheiden, während die Versicherung sich doch nur auf letztere beziehen könne. Da würden die Faulen Gelegenheit haben, auf Kosten der Fleißigen zu existiren. Ueberdem beeinträchtigt die Unterstützung die Energie der Arbeitslosen, sich wieder Arbeit zu suchen u. c.

Alle diese Einwände sind haltlos. Was die Kosten anbelangt, so läßt sich auf Grund der Arbeitslosen-Zählungen im Juni und im Dezbr. 1895 folgende Beispiels-Rechnung anstellen: Die beiden Zahlungen ergaben als tägliche Durchschnittszahl der Arbeitslosen im Reich 366 322. Nimmt man an, daß jedem derselben täglich 1 Mk. zu verabreichen wäre, so würde der Gesamtaufwand 366 322 x 365 gleich 133 707 530 Mk. oder rund 134 Millionen Mark jährlich betragen Selbst wenn diese Summe auf das Doppelte und Dreifache sich steigern sollte, wäre sie sehr wohl aufzubringen.

Rücksichtlich der übrigen Einwände ist darauf hinzuweisen, daß Bedenken ähnlicher Art früher oft genug gegen die bestehenden Arbeiterversicherungsgesetze gemacht worden sind. Da hieß es auch: der Versicherungszwang benachtheilige zahlreiche Arbeiter; bei der Krankenversicherung müsse der Solide für den Unsoliden einstehen; Thatsächlich wird bei der

Arbeitslosenversicherung die erdrückende Mehrheit der Arbeiter schwer benachtheiligt. Nur einem sehr geringen Prozentsatz kommen die Vortheile der Versicherung zu Gute. Die gewaltige Mehrheit der Versicherten erreicht das zum Bezuge der Rente berechtigende Alter nicht. Das wissen die Arbeiter sehr wohl, und doch ist aus ihrem Kreise heraus noch niemals die Beseitigung dieses Versicherungszweiges gefordert worden. Das Risiko, zu erkranken, zu Unfall zu kommen oder der Invalidität zu verfallen und vor Erreichung des 70. Lebensjahres zu sterben, ist für den Arbeiter gewiß nicht geringer, wie das, arbeitslos zu werden. Von der Unfallversicherung wird noch immerfort in der Unternehmerpresse behauptet, daß sie den Arbeiter „sorglos“ und „gleichgültig“ mache und auch die Veranlassung gebe, daß Versicherte Unfälle absichtlich herbeiführen, um eine „Prämie auf die Faulheit“ zu erhalten.

Einwände solcher Art sind von gehässigem Vorurtheil gegen die Arbeiter diktiert und dienen nur dazu, den Mangel bearündeter Bedenken zu verhüllen. Allerdings können auch derartige Bedenken erhoben werden, aber dieselben liegen durchaus auf einer anderen Seite. Sie gehen dahin: Wenn die obligatorische Arbeitslosenversicherung in Verbindung stehen soll — wie es hier und da geplant wird — mit einem einseitig dem Unternehmerinteresse dienenden Arbeitsnachweis und mit einem gesetzlich konstruirten Arbeitszwang, wonach der Arbeitslose unweigerlich jede ihm zugewiesene Arbeit innerhalb oder außerhalb seines Heimorts zu übernehmen hat — so würden wir gegen eine solche Einrichtung, die auf eine faktische Verklemmung der Arbeitslosen hinausläuft und geradezu darauf berechnet ist, Streiks zu brechen, mit größter Entschiedenheit ankämpfen.

Die obligatorische Arbeitslosenversicherung, welcher die Sozialdemokratie ihre Zustimmung geben soll, muß: 1) für Aufbringung der Mittel sich stützen auf eine die Allgemeinheit umfassende Beitragspflicht, die zu regeln ist nach dem Grundsatz der Progressivsteuer; 2) den Arbeitern die volle Selbstverwaltung unter Aufsicht des Reiches gewähren und 3) in Verbindung damit den Arbeitsnachweis, unter geüblicher Mitbetheiligung der Arbeiterorganisation, so regeln, daß derselbe nicht mißbraucht werden kann gegen die berechtigten Interessen der Arbeiterklasse im wirtschaftlichen Kampfe.

Zwar hat die sozialdemokratische Partei als solche, offiziell, noch nicht Stellung genommen zu der Frage der obligatorischen Arbeitslosenversicherung. Doch ergibt ihre Stellungnahme sich ganz klar aus ihren Prinzipien, ihrem Programm. Sie kann keine andere sein, als vorstehend kurz gezeichnet, und so oft einer unserer Vertreter oder eine unserer Zeitungen sich über die obligatorische Arbeitslosenversicherung ausgesprochen hat, ist es stets in diesem Sinne geschehen. Daß die Einrichtung von uns nicht erachtet wird als ein Mittel zur „Lösung der sozialen Frage“, bedarf nicht näherer Darlegung. Es ist ein Stück Arbeiterschutz, das wir genau unter denselben Gesichtspunkten beurtheilen, wie alle anderen Arbeiterversicherungsgesetze, als einen weiteren Nothbehelf gegen die äußerste Noth des Elends.

Politische Rundschau. Deutschland.

Gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter werden von den Scharfmachern fortgesetzt die gehässigsten Angriffe gerichtet, wobei es natürlich auf eine Handvoll faulstücker Lügen, Verdrehungen und Verleumdungen nicht ankommt. Natürlich wissen diese Vertreter Stumm-Bismärdischer Gewaltpolitik gegen die von ihnen angeblich entdeckten Schändlichkeiten der organisirten Arbeiter kein anderes Mittel als brutale Gewalt. Die juristische Auslegungskunst, die neuerdings Handlungen für strafbar erklärt hat, die früher selbst der gehässigste Arbeiterfeind nicht unter die bestehenden Strafbestimmungen zu subsumiren gewagt hätte, arbeitet den Stumm und Konforten noch nicht schneidig genug; die zum Theil innerhört hohen Strafen sind ihnen noch zu milde. Man vernehme, was die „Berl. Pol. Nachr.“, in welchen der edle Schweinburg für 12 000 Mk. die Sozialdemokratie zu vernichten die Aufgabe hat, zur Sache äußern:

„... Es ist selten oder nie ein bedeutender Streik vorgekommen, bei dem nicht Vergewaltigungen oder Bedrohungen der arbeitswilligen Elemente durch die Ausständigen vorgekommen sind. Nur ihr

kleinerer Theil ist durch Gerichtsverhandlungen an die Öffentlichkeit gekommen. Diese Verurtheilungen sind auch nicht alle strafbar. Nach dem bisherigen § 153 der Gewerbeordnung ist die Abhaltung von der Fortsetzung der Arbeit nur dann mit Strafe bedroht, wenn Arbeiter genöthigt werden, an Verabredungen zur Einstellung der Arbeit theilzunehmen oder ihnen Folge zu geben. Alle jene Fälle aber, wo die Nöthigung versucht wird, ohne daß eine Verabredung stattgefunden hat, sind straffrei. Es ist selbstverständlich, daß namentlich die Agitatoren diese Lücke im Gesetz zur Ausübung ihres unerträglichsten Terrorismus benützen. Will man den Theil der Arbeiterschaft, der noch nicht der Sozialdemokratie anheimgefallen ist, vor diesem Schicksal bewahren, will man, daß ein Arbeiter unter allen Umständen arbeiten kann, ohne daß er Vergewaltigungen, Bedrohungen, Verurtheilungen u. s. w. seitens der Sozialdemokratie ausgesetzt ist, so wird man den Anwendungskreis des § 153 der Gewerbeordnung erweitern müssen. Eine Koalitionsfreiheit, die nicht nach dieser Seite eine Begrenzung erfährt, bedeutet eine terroristische Herrschaft der Sozialdemokratie über die ganze Arbeiterschaft, und diese darf sich der Staat nicht gefallen lassen. Daß die Vorurtheile der letzten Jahre außerdem in der Richtung der Forderung einer Erhöhung des Strafmaßes für die Ueberschreitung der im § 153 gezogenen Grenzen gewirkt haben, braucht nicht erst betont zu werden. Auf ein paar Wochen Gefängniß „pfeifen“ gewöhnlich die terroristischen Elemente. Es wäre aber auch zu erwägen, ob nicht den Gerichten anempfohlen werden sollte, mit der Behandlung der Straffälle auf Grund des § 153 schneller als bisher vorzugehen. Die Strafe soll doch auch einen abschreckenden Charakter haben. Wenn sie aber erst, wie dies fast regelmäßig geschieht, verhängt wird, wenn der Streit zu Ende ist, dann verfehlt sie diese Wirkung. Hierbei wird sich allerdings wohl eine Aenderung schon auf dem Wege der Verwaltung erzielen lassen.

Es ist wahrhaft schrecklich für so ein empfindsames Bourgeoisgemüth, daß es noch irgend etwas mit der Arbeiterbewegung Zusammenhängendes giebt, was nicht strafbar ist, was wenigstens hier und da Gerichte, die sich streng an den Sinn und Wortlaut des § 153 der Gewerbeordnung halten, für nicht strafbar erachten. Darum soll der „Anwendungskreis“ des § 153 erweitert werden; d. h. die Gerichte werden aufgefordert sich über die vom Gesetzgeber gezogenen Grenzen für die Strafbarkeit bestimmter Handlungen hinwegzusetzen und zu strafen, was der Gesetzgeber nicht bestrafen wollte. Ebenso sollen sie möglichst drakonisch verfahren. Da ist auch nicht mehr mit einem Schein die Rede davon, Gerechtigkeit zu üben, das ist einfach die Politik des Unschädlichmachens der Gegner. Die Leute, die sich über die „terroristische Herrschaft der Sozialdemokratie“ beklagen, wollen selbst eine politische und juristische Schreckensherrschaft einführen. Dieses Gesichter hat keine Ahnung davon, welche bitterer Groll und klammernder Zorn schon heute in der Arbeiterschaft herrscht über die Verkümmern der Koalitionsrechte der Arbeiter durch die moderne Art der Rechtsprechung. Wenn irgend etwas, so ist diese infame Hege der Scharfmacher geeignet, den Klaffenhaß zu schüren.

Bismarck's Aeußerungen über die Konservativen, die von der „Zukunft“ mitgetheilt worden sind, haben die konservative Presse in arge Verlegenheit gesetzt. Sie zerstreuen die fadensteinerne Ausrede, die nach einem Besuch des Grafen Limburg-Sturion in Friedrichsruh von der konservativen Presse verbreitet worden ist. Die „Deutsche Tages-Zeitung“ theilt mit, daß der Herausgeber der „Zukunft“, Harden, in den letzten Tagen in Friedrichsruh gewesen sei und stimmt den sonstigen Aussprüchen des Fürsten Bismarck im Allgemeinen zu, begnügt sich aber gegenüber der allfälligen Kritik der Konservativen mit der kleinlauten Bemerkung: „Was sein Urtheil über die Konservativen anlangt, so möchten wir uns jeder Zusatzbemerkung enthalten.“ Die „Kreuz-Ztg.“ giebt die Aeußerungen gegen die konservative Partei wieder, aber mit der vorsichtigen Einleitung: „Fürst Bismarck soll gesagt haben.“ Offen giebt nur der „Reichsbote“ seinem Kerger über die Bismarck'sche Schilderung der Konservativen Ausdruck. Er versteigt sich dabei zu folgendem Schmerzensschrei: „Wie traurig und schmerzhaft ist es für uns, sehen zu müssen, wie der hochverehrte Gründer des Reiches, statt uns in diesem Kampfe zu unterstützen, unseren Gegnern Waffen darreicht, mit denen sie jetzt in ihrer Presse die konservative Partei bekämpfen und verächtlichen! Freude daran haben nur die Elemente, die ihre Lust an zersetzender Kritik und Intriguen haben, die wie Wespen an allen Früchten herumfliegen und in alle ihre vergifteten Eier (sic!) legen.“

Für den Fürsten Hohenlohe und dessen Verbleiben im Amt tritt der Korrespondent der „Köln. Volksztg.“ ein, indem er schreibt: „Wenn wir auch Manches an dem Verhalten des Reichskanzlers aussetzen haben, so wünschen wir doch nicht im Mindesten seinen Rücktritt, zumal ein Wechsel auf diesem Posten im jetzigen Augenblick gleichbedeutend wäre mit der abermaligen Verzögerung bedeutender Reformen — und höchst wahrscheinlich mit unliebsamen Ueberraschungen. So lange Fürst Hohenlohe an der Spitze der Reichsverwaltung bleibt, bietet seine Person eine Bürgschaft gegen Experimente, welche etwa über die Vereinigung des Reiches hinausgehen sollten. Das ist nicht viel, aber wie nun einmal die Dinge liegen, schon genug, um sein Verbleiben im Amte als Reichskanzler und Ministerpräsident zu wünschen.“ Wenn da

nur die Leistungsfähigkeit Hohenlohes nicht doch noch zu hoch veranschlagt ist.

Angesichts der Koblenzer Neben ist es nützlich, daran zu erinnern, daß Kaiser Wilhelm II. in seiner Thronrede vom 27. Juni 1888 feierlich erklärt hat: „Es liegt mir fern, das Vertrauen des Volkes auf die Stetigkeit unserer gesetzlichen Zustände durch Bestrebungen nach Erweiterung der Kronrechte zu beunruhigen. . . Ich bin der Meinung, daß unsere Verfassung eine gerechte und nützliche Vertheilung der verschiedenen Gewalten im Staatsleben enthält, und werde sie auch deshalb, nicht nur meines Gelübisses wegen, halten und schützen.“

Einem Ausspruch des Kaisers über seine russische Reise berichtet das „Magdeb. Kreisbl.“: Der Monarch unterhielt sich in Magdeburg mit dem Direktor des Eisenwerkes „Lauhammer“, Herrn Hallbauer. In der Unterhaltung kam der Kaiser denn auch auf die russische Reise zu sprechen und meinte: „Dort haben wir nach meiner Ueberzeugung die Sahne abgeschöpft.“

Hübsch bürokratisch muß es auch bei der Vertheilung der Unterstützungen für die Ueberschreitenden hergehen, sonst hat die Sache nicht den rechten Schick. Wie aus einer Darstellung der „Frankf. Oberzeitung“ zu entnehmen, hat dort der Landrath Kapp die Gemeindevorsteher angewiesen, die ihnen seitens der „Voss. Zeitung“ direkt zugewiesenen Hülfsspenden an die Kreis- und Kommunalkasse abzuführen, um für den Winter und das Frühjahr Nahrungsmittel für Menschen und Vieh zu beschaffen. Von der Wiedereinziehung der bereits vertheilten Summen sei abgesehen worden, den Gemeinden aber zugleich mitgetheilt, daß bei den späteren Vertheilungen ein „Ausgleich“ herbeigeführt werden würde. Auf Grund welchen Gesetzes, fragt mit Recht die „Freis. Ztg.“ kann sich ein Landrath erlauben, den Gemeinden zu befehlen, die ihnen von dritter Seite zugewiesenen Hülfsgelder an die Kreis- und Kommunalkasse abzuführen?

Der Kagenjammer. In einem konservativ-national-liberalen Blatte Norddeutschlands entnimmt die „Volkszeitung“ folgende wehleidige Betrachtung über die diesjährige „Sedanfeier“:

„Einer aufmerksamen Beobachtung konnte es nicht entgehen, daß diesmal gelegentlich des Sedantages die Stimmung des nationalen gefühlten Theiles der Bevölkerung, insoweit sie in der Haltung der diesen dienenden Blätter zum Ausdruck gelangte, sich auffällig gedämpft gab und fast unter einem gewissen Bestimmen der Druke stand. Nicht als ob es an einer hingebungsvollen und anfrichtigen Würdigung der großen Gätter gesehe hätte, deren sich das deutsche Volk seit siebenundzwanzig Jahren erheut, (welcher Gätter?), oder als ob gar eine gewisse „Reichsnüchternheit“, wie sie die demokratische und anti-nationale Presse ihren Gläubigen vorreden möchte, Platz gegriffen hätte; aber die hoffnungsvolle Freudigkeit und Begeisterung, die sonst aus den Festartikeln zu sprechen pflegte, war einem unversembaren Ernste gewichen, und man merkte es den Auslassungen mehr oder minder an, daß sie mehr dem patriotischen Pflichtgefühl (der „Vien“ muß!) als dem freien Aufschwunge einer von den Gefühlen des Stolzes und der Zuversicht geschwellten Seele ihre Entschung verdankten. Auch schon in der älteren Form gab sich dieser Kontrast mit den früheren Jahren zu erkennen: in möglichst farger Weise suchte die Mehrzahl der bedeutendsten Blätter sich der Aufgabe, den Stimmungsgehalt ihrer Leser zu erschöpfen, zu entleeren, gleichsam als fehle die rechte Lust zur Vertheilung in den Gegenstand. Damit korrespondierte die Art, wie die Bevölkerung selbst sich mit der Sedanfeier abfand. In einzelnen größeren Städten fanden allerdings die gewohnten öffentlichen Festlichkeiten statt, an denen die Jugend (der „Vien“ muß!) und die breiteren Schichten der Bevölkerung (?) den gewohnten Antheil nahmen, aber eine allgemeine Festimmung, aus der heraus die Gemüthsheit der Nation sich der Erinnerung an die große Zeit in freudiger Einnüchternheit hingab, hat sich nicht gewahren lassen.“

Und in einem süddeutschen Blatte von derselben politischen Richtung heißt es:

„Der Sedantag ist diesmal ungewöhnlich still vorübergegangen; abgesehen von Leipzig, scheinen nur einzelne Festlichkeiten von Kriegervereinen (der „Vien“ muß!) und Schulen (der „Vien“ muß!) veranstaltet worden zu sein!“

Mit Recht bemerkt dazu die „Volksztg.“: „Unser Volk ist überfättigt mit Festen militäristischen Zuschnitts. Und es liegt angesichts der traurigen politischen Verhältnisse im Innern des Reiches überhaupt keine Veranlassung vor, sich einem unmotivierten Freudentaumel hinzugeben. Rommandiren läßt sich eine lärmulustige Hurrahstimmung nun einmal nicht. Das deutsche Volk in seiner Mehrheit bekundet eine erfreuliche politische Reife, wenn es dies zu erkennen giebt.“

Eine erfreulich regere Betheiligung kann bei den diesmaligen Landtagswahlen in Sachsen-Weimar konstatiert werden. Während noch vor drei Jahren in Apolda, wo schon damals die Wahlbetheiligung am stärksten war, etwas über 200 Wähler an der Urne erschienen, hat sich diese Zahl jetzt auf 796 erhöht, davon haben 559 Wähler sich bei der Stimmenabgabe für unsere Wahlmänner entschieden. Auch in den Landorten, wo von uns Wahlmänner aufgestellt worden, ist durchweg eine regere Betheiligung zu ersehen, während beispielsweise in Sulzbach in früheren Jahren gewöhnlich der Bürgermeister mit 4 bis 6 Stimmen gewählt wurde, erhielt derselbe am 1. September 11 Stimmen und unser Genosse L. Kahle 31 Stimmen. Der Landkreis Apolda hat insgesammt 37 Wahlmänner und ist davon, nach den bis jetzt bekannt gewordenen Resultaten für uns die Majorität, so daß auch dieser Wahlkreis unser ist. Bisher hatten wir nur den Stadtkreis Apolda als den einzigen inne.

Die Wirkungen des Margarinegesetzes, welches am 1. Oktober in Kraft treten soll, werden nicht diejenigen sein, welche das Agrarierthum erhofft hat. In Berlin hat das Gesetz bereits zu einer völlig neuen Erscheinung

des Detailhandels geführt. Man begegnet hauptsächlich in den Arbeitervierteln neuerdings einer großen Anzahl prunkvoll eingerichteter Margarine-Spezialgeschäfte, in denen ausschließlich derartige Erzeugnisse verkauft werden. In erster Linie sind die Buttergeschäfte durch diese Konkurrenz bedroht.

Diese Mittheilung bringt keine Ueberraschung. Auffallend ist nur, daß sie, und zwar ohne jede Bemerkung, sich in dem Agrarier-Organ, der „Deutschen Tageszeitung“, findet.

Wie der „Frankf. Ztg.“ aus Geseke münde geschrieben wird, hat die dortige Handelskammer, um die muthmaßliche Wirkung des Margarinegesetzes festzustellen, eine Umfrage in den Hafenorten an der Unterweser in jenen Geschäften veranstaltet, die sowohl Handel mit Butter als mit Margarine treiben. Sie hat die folgenden drei Fragen gestellt: 1) Verursacht die Ausführung des Margarinegesetzes für Ihren Geschäftsbetrieb besondere Schwierigkeiten? 2) Werden Sie in Folge des Gesetzes gezwungen werden, den Handel mit einem der beiden Produkte aufzugeben? 3) Welches von beiden Produkten würden Sie in diesem Falle aufgeben?

Das Resultat der eingesandten Antworten war ein sehr interessantes, für Kenner der Verhältnisse allerdings kaum zweifelhaft.

Von den Befragten hat die erdrückende Mehrheit die Fragen 1 und 2 bejaht und zu Frage 3 erklärt, daß sie den Handel mit Butter aufgeben würden. Ein Theil der Befragten bezeichnet sich zu letzterer Frage als „noch unentschlossen“. Vielfach sind kleinere Kaufleute über die ganze Tragweite der gesetzlichen Vorschriften noch im Unklaren. Sie erklären, daß sie deren Wirkung erst abwarten wollen; wenn sie jedoch gleich den Anderen in die Nothwendigkeit veretzt werden sollten, einen der beiden Artikel aufzugeben, würde dies ausnahmslos Butter sein, da die Nachfrage nach Margarine eine ungesährlichen Mal so große ist, als die nach Butter und der Verdienst für den Händler bei Margarine ein weit größerer sei. Aus dieser Aufmachung ist ersichtlich, daß die von den Urhebern des Gesetzes gegebene Absicht, den Butterkonsum im Interesse der Landwirtschaft zu heben, kaum erreicht werden dürfte. Welche Schäden aber dadurch hervorgerufen werden, ergibt sich aus verschiedenen zu den Fragen gemachten Bemerkungen der Händler.

Diese Bemerkungen gehen dahin: „Die großen Wirtschaftshöfe pflegen für die von ihnen produzierte Butter meist feste Abnehmer zu haben; anders die Häuser und kleineren Bauern mit nur einer einzigen Kuh oder wenigen Kühen, die wegen ihrer geringeren Milchproduktion viel fetterer buttern und in Folge dessen schon eine geringere Qualität Butter liefern. Bisher war es Gepflogenheit, daß diese sehr zahlreiche Kategorie zu den Markttagen in den Unterweserorten ihre paar Pfund Butter mitbrachte und sie an die Kolonialwaarengeschäfte absetzte. Als Gegenwerth tauschten die Leute sodann alle Arten Kolonialwaaren und andere Bedarfsartikel ein, so daß sich hier ein reines Tauschgeschäft entwickelt hat, das beiden Theilen Vortheil brachte — den Butterverkäufern besonders dadurch, daß die Kolonialwaarenhändler, um den Absatz ihrer Waaren zu fördern, solche Butter vielfach über den Werth bezahlten oder sie ohne Gewinn weiterverkauften. Dadurch, daß viele dieser Kaufleute in Folge des Gesetzes gezwungen werden, den Handel mit Butter aufzugeben, finden die Verkäufer von Butter nicht mehr die Absatzgelegenheit für ihre Waare und fallen andererseits für den Kaufmann als sonst gern gesehene Abnehmer fort. Der Schaden trifft somit beide Theile ganz empfindlich.“

„Wer hat nun eigentlich den Nutzen von dem Gesetz für den Distrikt der Unterweserorte jedenfalls nicht der Kleinbauer, der wirtschaftlich schwächste unter den Landwirthen.“

Unsern neuesten Kurs wurde gegen deutsche Arbeiter in gewerkschaftlichen und politischen Prozessen von deutschen Richtern im Monat August erkannt auf insgesammt 1357 Mk. Geld- und 3 Jahre 10 Monate 3 Wochen und 6 Tage Gefängnisstrafe.

Schweiz.

Maßnahmen gegen den Anarchismus. Wie es scheint will sich der schweizerische Bundesrath nicht dazu hergeben, in dem steffektreiben, welches die monarchischen Mächte Europas voraussichtlich nicht bloß gegen den Anarchismus in seiner verwerflichen Form, sondern gegen wirklich freiheitliche Bewegungen zu injizieren gewillt sind, mitzumachen.

Dem Winterthurer „Landb.“ wird nämlich aus dem Bundesrathshaus geschrieben:

„Wie schon wiederholt, hat sich in einzelnen Staaten, auch neuerdings nach dem tödlichen Attentat auf den spanischen Ministerpräsidenten, das Verlangen nach Vereinbarung internationaler Polizeimaßregeln gegenüber den Anarchisten geltend gemacht. Wie berichtet wird, sollen England, die Vereinigten Staaten von Nordamerika und die Schweiz eingeladen werden, sich den übrigen Staaten zur Vereinbarung gedachter Beaufsichtungsmaßregeln, die eventuell auf einer nach Brüssel einzuberufenden Konferenz stattfinden würde, anzuschließen. Obgleich bis zur Stunde keine bezügliche Anfrage oder Anregung in dieser Angelegenheit dem Bundesrath zugegangen ist, so ist doch bereits jetzt festzustellen, daß die Bundesbehörden nicht geneigt erscheinen, von ihrem bisher gegenüber der Anarchistenfrage beobachteten Verhalten abzuweichen, da sich dasselbe bis dahin bewährt hat.“

Spanien.

Die schenliche Behandlung der Anarchisten in Spanien hat tiefste Erbitterung bei den verzweifeltsten Propheten erzeugt. Die Ermordung Canovas hat den Nachdruck der empörten Gemüther nicht gestillt. Aus Barcelona wird heute von einer neuen anarchistischen That telegraphirt. Das Telegramm besagt:

Ein Anarchist gab um Mitternacht auf der „Plaza de Catalunya“ zwei Schüsse auf den Polizeichef Portas ab. Portas wurde schwer an der Brust verwundet. Der Attentäter wurde verhaftet.

Nach einem ferneren Telegramm handelt es sich nicht um den Polizeichef, sondern um einen Polizeikommissar. Der Attentäter heißt Ramon Sempau Barril und ist im Jahre 1869 in Barcelona geboren. Er hielt sich in der letzten Zeit in Paris auf, von wo er letzter Tage nach Barcelona zurückgekehrt ist. Die Menschenmenge, welche infolge der Schüsse auf der „Plaza de Catalunya“ zusammenströmte, wollte ihn lynchen, die Gendarmen konnten ihn nur mit Mühe in einen Wagen schafften und ihn auf die Polizei-Präfektur bringen. Nachdem der Attentäter die beiden Schüsse auf Portas abgegeben hatte, verfuhr er zu entfliehen, wurde jedoch von Plantada, dem obersten Polizeichef verfolgt, an welchen der Flüchtling mehrere Schüsse abgab. Plantada wurde nicht verwundet, dagegen erhielt ein Kellner einer Bierwirtschaft, in welcher der Verfolgte Zuflucht suchte, einen Schuß in den Schenkel. Der Polizeichef feuerte nun seinerseits auf Sempau Barril und verhaftete denselben schließlich in der Bierwirtschaft.

Ein weiteres Telegramm besagt noch: Der Polizeikommissar Portas versichert, Sempau Barril sei ein Mitschuldiger Angiolillo und sei von ihm (Portas) vor zwei Jahren verhaftet worden, weil er im Theater Novobades die spanische Fahne ausgepiffen habe. Sempau gab zu, Anarchist zu sein; man fand bei ihm ein in französischer Sprache abgefaßtes Schriftstück. Portas war mit der Ueberwachung der Anarchisten beauftragt. Im Augenblick des Attentats ging er mit dem Polizeikommissar Teixido, der an der Schulter verwundet wurde, aus dem Theater.

Lübeck und Umgegend.

6. September.

Zuzug ist fernzuhalten von Schloßern und Maschinenbauern nach Düsseldorf.

Achtung Holzarbeiter! Nach der Möbelfabriken von Gebr. Wasserstradt, W. Senff, P. W. Th. Vahrdt, J. P. S. Pamperin, J. Schramm, sowie Demuth u. Co., ist der Zuzug streng fernzuhalten. Anfragen u. s. w. sind zu richten an D. Mohde, Leberstraße 3. Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Die Lohnkommission der Holzarbeiter.

Zum Senator ist an Stelle des verstorbenen Dr. Wittscher gestern der bisherige Rechtsamwalt Dr. A. J. A. Stöck erwählt worden. Die überwältigende Mehrheit der Lübecker Bevölkerung hat bekanntlich kein Recht, in diesen Dingen mitzureden und Männer nach ihrem Sinne zu erufen. Es kann ihr daher bis zu einem gewissen Grade leichtgiltig bleiben, wen die herrschenden Klassen mit den Verwaltungsposten im Staate betrauen. Soweit sie jedoch unter den bestehenden Verhältnissen mit Persönlichkeiten zu rechnen hat, ist sie durchweg der Ansicht, daß er Erkorene den gleichzeitig mit ihm als Aspiranten genannten Personen bei Weitem vorzuziehen und insofern seine Wahl als eine nicht unglückliche zu bezeichnen sei.

Die „Eisenbahn Zeitung“ berichtet, daß in einer Versammlung der Hirsch-Dunder'schen Tischler ein Herr Holzappel behauptet habe, die Genossenschaftsbäckerei sei nicht gegründet, um billigeres Brot zu liefern, sondern Geld für die sozialdemokratische Partei zu bringen. Bekanntlich verstoßen diese Institute der Kontrolle der Gerichte: Wenn man dem Lokalredakteur der „E. B.“ diese Kenntnis auch nicht zumuthen darf, so hätte man von einem Manne, der öffentlich auftritt, wie Herr Holzappel, doch erwarten sollen, daß er derartige Ungereimtheiten sich nicht hätte zu Schulden kommen lassen.

Gestorben ist der Förster zu Wesloe, Kluth.

Huslattich-Zigarren. Nach einer in den Amtsblättern veröffentlichten Bekanntmachung des Finanzministers ist in Folge eines Beschlusses des Bundesraths vom 2. Juli d. J. die Verwendung von Huslattich-Blättern bei der Herstellung von Tabakfabrikaten, von den Zolldirektionsbehörden widerrechtlich gestattet worden. Der Bundesrath scheint wegen der in Folge der Aufstände auf Kuba und Manila eingetretenen Knappheit in „Havannas“ und „Manillas“ so nachsichtig und weitherzig geworden zu sein. Hoffentlich beweisen sich die Herren „Huslattichzigarrenfabrikanten“ auch dankbar und midmen den Herren Bundesrathsmitgliedern je ein Ristchen von dieser edlen Sorte. Wir sind überzeugt, schon nach den ersten Zügen würde sicher der vorbehaltene Widerruf erfolgen.

Falsches Geld — 1 Mt. Stücke 1893 S — ist im Umlauf.

Vom Tage. Gestohlen wurden einem Arbeiter seine Legitimationspapiere lautend auf den Namen Friedrich Carl Johann Schulze aus Mamerow.

Gefundene Sachen. Im Monat August d. J. sind weim Polizeiamte als gefunden eingeliefert und nicht wieder abgefordert worden: Peitschen, Regenschirme, Stägen und Manschetten, Litermaß, 1 Rechenbuch, habe je Handschuhe, Strümpfe, eine lederne Mappe mit

Erklärung. In der Sitzung des Amtsgerichts vom 6. September hat die Ehefrau des früheren Landmannes Friedrich Heinrich Nicolaus Coerd, Anna Dorothea Christine geb. Peterßen, wohnhaft hier selbst, unter Beistand ihres Ehemannes die Erklärung abgegeben: daß sie für die Verbindlichkeiten desselben überall nicht haften wolle.

Hamburg. Einem Lustmord zum Opfer gefallen ist höchstwahrscheinlich eine Frauensperson, welche in der Nacht zum Freitag, gegen Mitternacht, am Dresdener Ufer im Freihasengebiet an den Ballisaden in den letzten Tagen liegend aufgefunden wurde und dann während des Transports nach der Polizeiwache verstorben ist. Der Frau war ein starker Blutstrom aus dem Mund quagelassen. Die Leikation der Leiche hat ergeben, daß die Frau nicht an einem Gehirnschlag gestorben ist, wie ursprünglich angenommen wurde, sondern daß höchstwahrscheinlich ein Lustmord vorliegt. Der Tod ist durch Umdrehen des Genicks herbeigeführt worden. Die Lage der Leiche am Thaborie machte ein an ihr verübtes Sittenverbrechen wahrscheinlich. Die Ermordete ist als eine Frau Sievers, geb. Dibern, erkannt worden. Als dieses Lustmordes verdächtig hat man den Schiffer Stellen aus Torgau in einer Wirthschaft in der Nibersstraße ermittelt und verhaftet.

Altona. Einen Kampf zwischen einem Seltersfabrikanten und einem Prediger hat am Sonntag die Stadt erlebt. Der Seltersfabrikant J. Brandt, der in der Großen Westerntstraße wohnt, hat den oberen Theil seines Speichers an die Apostolische Gemeinde vermietet, und diese hält dort ihre kirchlichen Uebungen ab. Zwischen dem Prediger dieser Gemeinde, dem auf der West von Blohm u. Wof beschäftigten Arbeiter Behrens, und Brandt bestand schon seit längerer Zeit ein gespanntes Verhältnis. Gestern nun gerathen die Beiden auf dem Hofe vor dem „Gotteshaufe“ an einander und bearbeiteten sich in Ermangelung besserer Waffen mit Mineralwasserflaschen. Beide trugen bei diesem Kampfe verschiedene Verletzungen davon. Dieses Renkontre dürfte noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Elmshorn. Noch kein Friede. Troßdem Herr Thomsen gegangen, immer noch kein Friede! Im Gegentheil Wirklichkeit, einerlei, ob dadurch Hunderte von Einwohnern in Misere verurtheilt zu werden. Die höheren Schulen, Real und höhere Mädchenschule, feierten anlässlich des Sedanmums ihr Fest, welches nicht wie in den früheren Jahren gemeinschaftlich, sondern getrennt stattfand. Anlaß hierzu gab die Feindschaft zwischen dem Rektor der Realschule Dr. Willenberg und dem Rektor Hennigs der höheren Mädchenschule. Erstere ist Thomsens Feind, letztere ein guter Freund in guten und bösen Tagen.

Kiel. Bei der Einfahrt der Herbstübungsflotte in den Hafen am Freitag Nachmittag fiel der Obermatrose Bergmann vom Panzerschiff „Hildebrand“ über Bord und ertrank. Der Verunglückte diente im vierten Jahre und stand 19 Tage vor seiner Entlassung. — Am Sonnabend Vormittag wurde auf einem Grundstück an der Friedrichstraße die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts gefunden. Wie festgestellt ist, wurde das Kind in der Nacht von einem in der Friedrichstraße seit 3 Wochen wohnenden Dienstmädchen Namens Minna Schulze geboren und dann dorthin geworfen.

Zehoe. Zur Reichstagskandidatur in Dithmarschen (5. schlesw.-holst. Wahlkreis). Wie bereits gemeldet wurde, ist in Michaelisdorf zwischen Nationalliberalen und Agrariern ein Kartell geschlossen, nach welchem der frühere Hofbesitzer Kahle, der der nationalliberalen Partei angehört, als gemeinsamer Kandidat der Nationalliberalen und des Bundes der Landwirte für die nächsten Wahlen aufgestellt wird. Die „Kiel. Ztg.“ bemerkt hierzu: „Die Freisinnigen im 5. Kreise halten an der Kandidatur Thomsen fest. Die gesellschaftlich verbreitete Nachricht, daß der Abgeordnete Thomsen offiziell eine Weiterführung des Mandats abgelehnt habe, entbehrt jeder Begründung.“ Die Antisemiten werden wohl zunächst mit einem eigenen Kandidaten auftreten.

Socialdemokratischer Parteitag für beide Mecklenburg und Lübeck.

Zweiter Tag.

Die Weiterberatung des Punktes „Agitation und Organisation“ wurde gestern Vormittag begonnen. Es erübrigt sich uneres Erwähnen, alle die einzelnen Diskussionsreden anzuführen. Im Großen und Ganzen ein buntes Bild der verschiedenartigsten Wünsche und Klagen — wie überall auf unseren Parteitagen, ein Zeichen des Verlangens nach regerer Betätigung, nach rascherem Erfolge. „Mehr Agitation!“ Das war der Ruf, der aus allen Mäulern hervorklang, gemischt mit der bitteren Klage darüber, daß leider die Mittel nicht die Größe der Wünsche entsprechen. Daneben drängliche Schilderungen über Wahlschwindel und Stimmen-diebstahl, über Noth und Elend in Stadt und Land, ein getrenntes Murren über die Verhältnisse im Justizamt Mecklenburg. Die Landbevölkerung ist nicht indifferent, hieß es, sie sehnt sich nach Aufklärung, sie ist begierig auf Schriften und Zeitungen, aber wir müssen zu ihr kommen, wir müssen ihnen persönlich als gute Freunde, als Berater, als Kameraden, als Schicksalsgenossen entgegen treten, uns ihrem Denken und Empfinden anpassen und sie langsam zu uns ziehen. Wir müssen den armen Leuten, die als Lohnbrüder aus polnischen Gegenden importirt werden, in ihrer Muttersprache näher treten. Der Unwissenheit in allen persönlichen Rechtsfragen, welche die Landarbeiter hilflos und energielos macht, müssen wir energisch zu Leibe durch unermüdete, unverdroffene und ausgiebige Belehrung. Daneben auch Beschwerden über Bantheit der Genossen an einzelnen Orten, vor Allem bittere Klage über die Gleichgültigkeit vieler relativ gutgestellten Bauhandwerker in den Städten, über Pflichtvergessenheit einzelner Personen, über lokale Zwistigkeiten u. s. w. Die Verhandlungen nahmen den ganzen Vormittag in Anspruch. Sehr unsere Lübecker Delegation sei

nach hervorgehoben, daß die Mecklenburger dringend aufforderten, Lübeck möge sich etwas mehr um Mecklenburg bekümmern. Dilem Wünsche ward erwidert, daß Lübeck trotz der vielfachen finanziellen Opfer, die es in der letzten Zeit gebracht, gerne bereit sei, nach Möglichkeit helfend einzutreten.

Das Schlusswort des Genossen Groth-Rostock zog das Facit der Verhandlungen, wie wir es oben stigit: Es muß das Selbstbewußtsein dem Arbeiter stark eingeprägt werden, damit wir dem Willkürregiment der blaublütigen Junker endlich die Spitze bieten können. So regte wie auf dem Parteitage möge der Einzelne auch nach seiner Rückkehr daheim thätig sein, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. Die praktischen Ergebnisse sind in den angenommenen Entwürfen niedergelegt. Angenommen wurde zunächst Alles, was auf regere Agitation abzielte, ein Antrag, daß, sobald die Reichstagswahlen ausgeschrieben sind, in Rostock ein Central-Wahlkomitee für beide Mecklenburg zu bilden sei, ein Antrag, kurz vor der Wahl die wichtigsten Paragrphen des Reichstagswahlgesetzes in kleinen Broschüren oder als Flugblatt gedruckt, sowie Agitationsflugblätter in polnischer Sprache herauszugeben, ein Antrag, die Agitation im Fürstenthum Rügenburg den Lübecker Parteigenossen zu überlassen, welche sich über die Einzelheiten mit den betheiligten Kreisen verständigen werden, sowie einige auf die Abrechnung mit dem Landesvertrauensmann und die Kalenderfrage bezügliche Anträge.

Die Nachmittags-Sitzung, welche sich bis gegen 8 Uhr Abends ausdehnte, wurde im Beisein durch die Vorarbeiten über die Presse ausgefüllt. Das entleitende Referat hielt Gen. Groth-Rostock. Er betonte den außerordentlichen Werth der Presse als Agitationsmittel und gab sodann eine kurze Darstellung der Entwicklung der „Mecklenb. Volksztg.“ seit ihrer „Verstaatlichung“ im Jahre 1895. Die geäußerten Hoffnungen hätten sich in wahrhaft überraschender Weise verwirklicht und die anfängliche, durchaus bescheidenen Kleinmächtigkeit sei überwunden. Mit ca. 2000 Abonnenten habe man begonnen. Dann habe ein sehr rascher Aufschwung stattgefunden, den nachstehende Tabelle nachweist.

	Ende 1895	Ende 1896
	Abonnenten in Orten	Abonnenten in Orten
1. Wahlkreis	137 8	168 8
2. „	601 14	585 22
3. „	243 13	271 14
4. „	241 9	251 12
5. „	1561 21	1644 32
6. „	392 7	421 7
7. „	151 9	183 8
	3329 81	3526 103

Am 15. Juni 1897 betrug jedoch die Zahl bereits 4349, also fast ein Tausend mehr und bis zu diesem Augenblick hat sich die Ziffer schon wieder um einige Hunderte erhöht, die Einnahme an Inseratengeldern sei in erheblicher Weise gestiegen. Nun sei der Wunsch von mehreren Seiten laut geworden, das Blatt täglich erscheinen zu lassen. Derselbe ist begründlich, jeder zielbewusste Genosse müsse ihn schon in Rücksicht auf die Agitation theilen. Aber man müsse an den Plan mit früherer Bedachung herantreten, man dürfe keinen Sprung ins Dunkle machen. Deshalb habe man in Rostock in der Beschlusssitzung die Frage sehr eingehend behandelt und sei zu dem Resultat gekommen, mir Folgendes dem Parteitage unterbreiten zu können:

Ein tägliches Erscheinen der „M. B. Z.“ von etwa dem 1. April 1898 ab kann nur unter folgenden Voraussetzungen empfohlen werden:

- 1) Als Abonnentenstand ist an einem Minimum von 5000 festzuhalten;
- 2) Der Hamburger Zuschuß von 2000 Mt. jährlich muß gesichert werden;
- 3) Der Abonnementspreis muß 1,80 Mt. pro Quartal betragen;
- 4) Bis zum 1. Januar 1898 ist ein Garantiefonds von 2500 Mt. zu sammeln.

Redner legte sodann dem Parteitage zwei Kostenanschläge vor. Der erste, welcher bei 5000 Abonnenten einen Preis von 1,50 Mt. pro Quartal vorseht, würde ein Defizit von rund 6000 Mt., der zweite, welcher einen Preis von 1,80 Mt. festsetzt, ein annehmbares Resultat ergeben. In Rücksicht sei genommen die Umstellung eines zweiten Redakteurs und eines festbesoldeten Stadtkorrespondenten, weil eine befriedigende redaktionelle Leitung eines sechs mal wöchentlich erscheinenden Blattes durch eine einzelne Kraft nach Ansicht der Beschlusssitzung ein Ding der Unmöglichkeit sei, zumal die Gefahr mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt zu kommen, sich mehr als ver doppelt. Redner gab sodann eine detaillierte Darstellung der einzelnen Punkte des Vorschlags und empfahl am Schlusse seiner sehr anschaulichen und eingehenden Darlegungen eine sorgfame Prüfung der schwerwiegenden Frage.

Die anschließende sehr rege Diskussion bot das sehr erfreuliche Zeichen, daß die letzte Mahnung beherzigt und die Frage nicht nur sachlich behandelt wurde. Unter ruhiger, überzeugender Darlegung der maßgebenden örtlichen Verhältnisse motivirten die einzelnen Redner ihre durchweg ablehnende Haltung. Die Schwierigkeit, der Presse überhaupt Eingang zu verschaffen gegenüber der billigen farblosen Annoncenpresse, die Schwierigkeit, von dem wirtschaftlich schlecht gestellten Landarbeiter die Gelder für Zeitungsfaktura einzuholen, und die noch größere Schwierigkeit, ihn zu dem großen Sprung von 1,20 Mt. auf 1,80 Mt. pro Quartal zu bewegen, ward namentlich von den Delegirten der kleineren Städte drähtlich hervorgehoben.

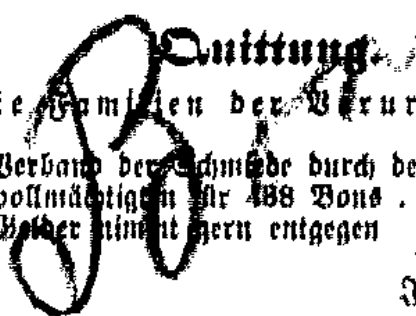
Die allgemeine Stimmung ging dahin: Wir möchten wohl, aber es geht nicht. Und treffend sagte Groth das Resultat dahin zusammen: Wenn auch der Wunsch als berechtigt anerkannt wurde, so ist doch der Wille nicht vorhanden, das Risiko zu übernehmen. Bei der Abstimmung über die vorliegenden Anträge ward alles auf Veränderung der Preisverhältnisse an sich bezügliche abgelehnt. Angenommen wurden dagegen die Anträge, daß die Abrechnung des Landesvertrauensmannes spezifizirt durch die Presse mitgetheilt werden soll, daß die Zeitung spätestens im zweiten Monate des Quartals von Abonnenten und Expedienten bezahlt sein muß, daß die monatlichen Mittheilungen des geschäftsführenden Partei-Ausschusses in Hamburg abgedruckt werden sollen, daß über die Verhältnisse und die Verbreitung der Zeitung mehr Aufschluß gegeben werde, daß die Filialexpeditoren den ersten Versuch machen sollen, die Zeitungen durch die Post zu bestellen, und daß Sammellisten für die Presse in Umlauf gesetzt werden sollen. Der Preis-Kommission zur Erwägung überwiesen ward der Antrag, die amtlichen Bekanntmachungen aller Orte, wo Abonnenten wohnen, dem Blatte einzuverleihen.

Zum Vertrauensmann wurde sodann unter warmer Anerkennung seiner wackeren Thätigkeit durch den Parteitags Genosse Erdbeer-Rostock einstimmig wiedergewählt. Mit Dank und mit der Bitte, ihn auch fernerhin nach besten Kräften zu unterstützen, nahm der Gewählte das Amt an.

Genosse Baker ermahnte sodann in seinem Schlusswort die Delegirten, die gefaßten Beschlüsse auch auszuführen, und schloß nach einem herzlichen Dank an die Lübecker Genossen für die erwiesene Gastfreundschaft mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Socialdemokratie den Parteitags.

Unter Abhängung der Arbeiter-Marzellasse trennten sich sodann die Delegirten.

Wir haben den erfreulichen Eindruck gewonnen, daß es in Mecklenburg rüstig vorwärts geht. An den Lübecker Genossen wird es sein, nachdem auch ihnen jetzt ein Theil der zukünftigen Arbeit anvertraut ist, ihrerseits den mit schwierigen Verhältnissen kämpfenden Genossen in Mecklenburg energisch zur Seite zu stehen.



Quittung.
Für die Sammler der Verurtheilten sind eingegangen:
Vom Verband der Schwärze durch den Bevollmächtigten für 188 Bons. 48,80 Mk.
Weltere Gelder sind Herrn entgegen.
Die Expedition.
Johannisstraße 60.
Sternschanz-Viehmarkt.
Hamburg, 6. September

Der Schweinehandel verlief gut. Quarantän wurden 1470 Stück, wovon: **Verurtheilte Schweine**

57 - 60 Mk., letzte 57 - 60 Mk., Sauer 45 - 51 Mk. und Ferkel 55 - 58 Mk. pr. 100 Pfd.
Oce-Berichte.
Dampfer Luba, Kapl. Lomer, ist am 6. Septbr. von Pillau nach hier abgegangen.
Dampfer Vinna, Kapl. Nyberg, ist am 5. Septbr. von Neval auf hier abgegangen.
Dampfer Alpha ist am 4. Septbr. von Harshamm nach Stettin abgegangen.
Dampfer Mathilde Jäbe ist am 5. Septbr. in Agelund eingetroffen und geht am 6. Septbr. nach Weste weiter.

Dampfer Trave ist am 5. Septbr. starken Sturmes wegen Allinge eingelaufen.
Dampfer Gauthiod, Kapl. Nybell, ist am 6. Septbr. von Kalix auf hier abgegangen.
Dampfer Berlin, Kapl. Hoppe, ist am 5. Septbr. von Völs auf hier abgegangen.
Dampfer Berlin, Kapl. Hoppe, hat am 6. Septbr. Völs bättel passiert.
Dampfer Alpha, Kapl. Brinkmann, ist am 5. Septbr. Swinemünde eingetroffen und am 6. Septbr. nach Stettin weitergedampft.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Postboten inseriren, zu verhasplichen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Durch die Geburt eines kräftigen Knaben wurden erfreut **P. Rnow und Frau.**
Lübeck, den 5. September 1897.
Anna Kichenmeister
Ludwig Setemeler
Verlobte.
Hamburg

Montag Abend 7 Uhr entschlief sanft nach schwerer Krankheit unsere kleine Nichte **Frieda** im Alter von 1 Jahr und 6 Monaten. Auf's Tiefste betrauert von den Eltern **Julius Schönling und Frau.**

Zu vermieten zum 1. Oktober oder später ein leeres heizbares Zimmer mit Keller. Näheres Reiterstraße 41 a.

Gesucht zum 1. Oktober eine Wohnung im Preise bis zu 200 Mk., am liebsten vor dem Holthenthor. Gest. Offerten unter **M B 28** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Gesucht zum 1. Oktober eine Wohnung im Preise von 150-180 Mk. Angebote unter **L 50** an die Exped. d. Bl.

Gesucht zum 1. Okt. ein leeres Zimmer mit separatem Eingang. Angebote mit Preisangabe unter **R N 7** an die Exped. d. Bl.

Gesucht zu sofort ein Mädchen nach Travemünde für leichte häusliche Arbeiten. Näheres Alststraße 39.

Billig zu verkaufen ein starkes Tourenrad (Engl. Marke) Grüner Weg 2 b, Burghor.

Großer eiserner Ofen steht zum Verkauf Negeleier 13, im Laden.

Billig zu verkaufen ein guter Kachelofen sowie ein eiserner Kachelofen Heinrichstraße 13 b, Burghor.

Verloren am Montag Abend ein Buch mit einliegenden Quittungsmarken einer Krankenkasse. Bitte abzugeben Klappenstraße 21 oder Johannisstraße 55

Löpfe werden sauber und billig bezogen Sebaurstraße 26 b.

Feine Wäsche, sowie Gardinen werden sauber gewaschen und gepflegt. Frau G. Haubold, Schützenstr. 49 b, 2. E.

Schöne Margarine, Pfd. 55 Pfg. Feine Margarine, Pfd. 50 Pfg., bei Abnahme von 5 Pfd. u. mehr billiger. Feinstes Schmalz, Pfd. 40, 2 Pfd. 75, Landmettwurst, Pfd. 1 Mk. empfiehlt Joh. Breede, Dankwartstraße 37, Mühlenbrücke 7.

Frische Eier, 7 Stück für 30 Pfg. Feinste Meiereibutter, Pfg. 1,25 Mk. ff. Griebenschmalz, Pfd. 50 Pfg. ff. Bratenschmalz, Pfd. 40 Pfg. Ger. Landwurst, 1 und 1,10 Mk. Fetten u. mageren Speck, Pfd. 80 Pfg. ff. Silsterkäse, Pfd. 40, 50, 60, 70 Pfg. sowie sämtliche Colonialwaaren zu den billigsten Preisen empfiehlt **J. C. W. Blöds,** Kupfer- und Schmiede-straße 7.

Feinste Meiereibutter Pfd. 1,25 Mk. Frische Hofbutter Pfd. 1,10 Mk. Butterhandlung „Zur Krone“ Markt 3.

Prima vollsaftigen Schweizerkäse Pfd. 80 Pfg. Fetten Holländer Pfd. 80 und 100 Pfg. Silster Fettkäse Pfd. 60 und 80 Pfg. Butterhandlung „Zur Krone“ Markt 3.

Prima vollsaftigen Schweizerkäse Pfd. 80 Pfg. Fetten Holländer Pfd. 80 und 100 Pfg. Silster Fettkäse Pfd. 60 und 80 Pfg. Butterhandlung „Zur Krone“ Markt 3.

Prima vollsaftigen Schweizerkäse Pfd. 80 Pfg. Fetten Holländer Pfd. 80 und 100 Pfg. Silster Fettkäse Pfd. 60 und 80 Pfg. Butterhandlung „Zur Krone“ Markt 3.

Prima vollsaftigen Schweizerkäse Pfd. 80 Pfg. Fetten Holländer Pfd. 80 und 100 Pfg. Silster Fettkäse Pfd. 60 und 80 Pfg. Butterhandlung „Zur Krone“ Markt 3.

Prima vollsaftigen Schweizerkäse Pfd. 80 Pfg. Fetten Holländer Pfd. 80 und 100 Pfg. Silster Fettkäse Pfd. 60 und 80 Pfg. Butterhandlung „Zur Krone“ Markt 3.

Prima vollsaftigen Schweizerkäse Pfd. 80 Pfg. Fetten Holländer Pfd. 80 und 100 Pfg. Silster Fettkäse Pfd. 60 und 80 Pfg. Butterhandlung „Zur Krone“ Markt 3.

Prima vollsaftigen Schweizerkäse Pfd. 80 Pfg. Fetten Holländer Pfd. 80 und 100 Pfg. Silster Fettkäse Pfd. 60 und 80 Pfg. Butterhandlung „Zur Krone“ Markt 3.

Prima vollsaftigen Schweizerkäse Pfd. 80 Pfg. Fetten Holländer Pfd. 80 und 100 Pfg. Silster Fettkäse Pfd. 60 und 80 Pfg. Butterhandlung „Zur Krone“ Markt 3.

Java-Bruch, Pfd. 1 Mk. Coffee-Rösterei Holstenstr. 10

Arbeiter-Hemden

Arbeiter-Garderoben

aus guten soliden Stoffen in bester Verarbeitung zu billigsten Preisen.

Rudolph Karstadt

Kranken- u. Sterbefälle gewerblicher Arbeiter (G. S. Nr. 24).

Ausserordentl. General-Versammlung

am Donnerstag den 9. September d. J., Abends 8 1/2 Uhr im Vereinshaus.

- Tages-Ordnung:
1. Vorlegung eines Nachtrags zum Statut.
2. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist erforderlich. Der Vorstand.

Die vorzügliche **Margarine** von **Klatt & Dittmann** ist in vielen Geschäften zu haben. General-Vertretung und Lager: **Leopold Dose, Lübeck, Breitestraße 3.**

Feinste Tafel-Margarine Pfd. 60 Pfg. Bestes Hamburger Schmalz Pfd. 40 Pfg. Pfaffenstraße 22, bei der Krönungstraße.

Margarine.

Empfehle allen Hausfrauen die vorzügl. Marke „ff. Creme“, Pfd. 60 Pfg., 2 Pfd. 1,15 und 4 Pfd. à 57 Pfg., „feine Tafel“ Pfd. 50 Pfg., 2 Pfd. 95 und 4 Pfd. à 47 Pfg. zum Brodbelag, Koch- und Backzwecken. **J. C. W. Blöds, Stupferstraße 7.**

kleine Bordershinken

7-8 Pfd., Pfd. 55 Pfg. **August Holst** Holstenstraße 6.

Matjesheringe

empfehlen in guter Qualität **Heinrich Koop** Markttwiete 4.

Sommerfang-Floh-Heringe

empf. Ludw. Hartwig, Obertrave 8. Feinste französische

Spkartoffeln

Sack 200 Pfd. 5,50 und 6 Mk. 10 Liter 50 Pfg. empfiehlt **August Jensen,** Hartengrube 21.

Kronsbeeren,

täglich frisch, empfiehlt **Ludw. Hartwig, Obertrave 8.**

Das Recht und die Rechtshilfe der Handlungsgehilfen.

Eine Denkschrift zur Revision des Handelsgesetzbuches und zur Vereinfachung des Klageverfahrens für Handlungsgehilfen. Von **Richard Lipinski.** Preis 25 Pfg.

Unterricht im Buchhalten.

Jungen Damen, welche geneigt sind, später als Kassiererin oder Buchhalterin tätig zu sein, empfehle ich meinen zu diesem Zweck von mir selbst ausgearbeiteten Kursus angelegentlich. Der 1. Kursus beginnt bestimmt am 3. Oktober und findet der Unterricht jeden Sonntag Nachmittag von 3 bis 5 Uhr statt.

Hochachtungsvoll **Hermann Lips jr.,** Engelsgrube 29, pract. Buchhalter u. Lehrer der Handelswissenschaften.

Unterricht im Buchhalten.

Der Kursus in der dopp. ital. Buchführung, verbunden mit sämtlichen Handelswissenschaften, beginnt Anfang Oktober und bitte ich um baldige Anmeldung behufs näherer Besprechung. **Hermann Lips jr.,** Engelsgrube 29, 1. Etage, pract. Buchhalter u. Lehrer der Handelswissenschaften.

Karl Nielsch Jun., Korbmacher, 71 Engelsgrube 71 empfiehlt sein Lager von Reifekörben, Korblehnhütten, Markt- und Stierkörben sowie alle anderen Korbwaren. Prima Waare. Große Auswahl. Billige Preise. Annahme jeglicher Reparatur. Waschen von Dienstmädchenkörben.

Die Schweineschlachtere

von **W. Strohhfeldt** 73 Glockengießerstraße 73 empfiehlt:

- Frische Flohmen, Pfd. 60 Pfg.
- Carbonade . . . Pfd. 70 Pfg.
- Quersfleisch . . . Pfd. 50 Pfg.
- Prima Schmalz . . . Pfd. 60 Pfg.
- Braten-Schmalz . . . Pfd. 30 Pfg.
- Kopf und Bein . . . Pfd. 20 Pfg.
- Geräucherter Speck Pfd. 60 Pfg.
- Gehackte Mettwurst Pfd. 60 Pfg.
- Geräuch. Mettwurst Pfd. 70 Pfg.

Große öffentliche Versammlung

der Werftarbeiter

am Donnerstag den 9. September Abends 8 1/2 Uhr bei Spahrman, Hundestrasse 10 Tages-Ordnung:

1. Der Nutzen der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit.
 2. Verschiedenes.
- Es eruchtet um zahlreiches Erscheinen **Der Einberufer.**

Achtung!

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands (Zahlstelle Lübeck.)

Ausserordentlich Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch den 8. September Abends 8 1/2 Uhr bei F. Lecke, Lederstrasse 3. Tages-Ordnung:

1. Schreiben des Hauptvorstandes.
 2. Verschiedenes.
- Die Ortsverwaltung.

Achtung Maurer!

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch den 8. September Abends 8 1/2 Uhr im Vereinshaus, Johannisstraße 50. Tagesordnung:

1. Vereinsangelegenheiten.
 2. Kartellbericht.
 3. Fragekasten und Verschiedenes.
- Um recht zahlreiches Erscheinen eruchtet **Der Vorstand.**

Otto Gennburg's Concert-Halle

44 Beckergrube 44 Täglich: **Großes Freiconcert** des Damen-Künstler-Quartetts.

Gesangverein „Eintracht“

BALL

am Sonntag den 12. September im Concordia-Garten. Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr. Einführung gestattet. Mitgliedskarten müssen vorgezeigt werden. **Das Fest-Comitee.**

Speise-Halle Hansa

Mengstraße 24 (gegenüber Schüsselbuden). Geöffnet von 1/26 Uhr Morg. bis 8 Uhr Abend. Heute Mittwoch:

Holländische Specksuppe mit Nüssen, geräuch. Speck, Kartoffeln, Sauer, gefr. Rüben.

Jeden Mittwoch und Sonnabend Abend: 0 Pellkartoffeln mit Salz-Heringe und 0 jaure Heringe. 0 Portion 30 Pfg.

Preise des Mittagessens pro Portion 20, 3 und 40 Pfg. Mittagstisch von 11 1/2 bis 1 1/2 Uhr. Abendessen von 6-8 Uhr. Portion 30 u. 40 Pfg.

Sozialdemokratie und nationale Frage in Oesterreich.

Die leichtsinnige Spielerei eines unfähigen Ministers hat es glücklich wieder dazu gebracht, daß der nationale Kampf in Böhmen und Mähren aufs Neue entfesselt ist. Es ist kein Kampf um die Sprachenverordnung mehr, der zwischen den beiden Volksstämmen geführt wird, es ist vielmehr ein Kampf um des Kampfes selber willen, ein Ausbruch jenes unvernünftigen Hasses gegen den Anderen, der noch immer breite Massen beider Völker erfüllt und in dessen Bethätigung noch immer Viele das „Um“ und „Auf“ der Politik erblicken.

Diese geistreiche und erspriessliche Politik, wie sie in Oesterreich gegenwärtig wieder im Schwunge ist, dient schließlich dazu, das Leben einer der dümmsten und gemeinsten Regierungen, die Oesterreich jemals besessen hat, auf unbestimmte Zeiten zu verlängern. Graf Raden hätte sein letztes Ausgleichsprojekt sicherlich nicht veröffentlicht, wüßte er nicht, daß seine Urheberschaft die sicherste Gewähr für das Scheitern dieses Projektes ist. Das wirkliche Zustandekommen eines nationalen Ausgleiches würde die ganze Herrlichkeit der Regierung wie ein Kartenhaus zusammenstürzen lassen und nichts ist darum unwahrer, als die heuchlerische Behauptung der Friedensliebe von Seiten jener politischen Landknechte, die den Frieden hassen, weil er sie brodlos macht.

Der große Mummel, der heute durch Böhmen und Mähren geht, wird wahrscheinlich einen gleichen Verlauf und ein gleiches Ende nehmen, wie seine Vorgänger. Er wird voraussichtlich nicht die Ursache großer Ereignisse, wichtiger politischer Veränderungen werden, sondern er wird verflackern und langsam fortglimmen, bis wieder ein maßgebender Staatsmann das Bedürfnis fühlen wird, ihn aufs Neue zu Flammen aufzublasen. Man darf nicht hoffen, daß jemals der Bündnistoff zu Ende geht: so lange es Deutsche und Tschechen in den beiden Ländern giebt, wird die „nationale Politik“ auf einen Theil der Bevölkerung ihre Wirkungen üben, und so lange die Bourgeoisie die Herrschaft führt, wird diese „nationale Politik“ von ihr nicht aufgegeben werden. Demu so sehr auch Deutschnationale und Tschechnationale darauf erpicht sind, für Schwarz zu erklären, was der andere für Weiß ansieht — in einem Punkte verrathen ihre wortführenden Organe dennoch eine rückhaltlose Uebereinstimmung. Beide hoffen, daß der Lärm des nationalen Kampfes den Ruf zum Klassenkampfe überdönen werde, beide erhoffen sich aus ihrem Chauvinistischen Treiben die Schädigung eines Gegners, der ihnen beiden über fürchtbarste ist, der Sozialdemokratie.

Die letzten Reichstagswahlen haben bewiesen, was selbstverständlich war, daß sich des nationalen Kampfes wegen der Druck der sozialen Verhältnisse der Bevölkerung nicht minder fühlbar mache. Die arbeitenden Schichten haben in Böhmen und Mähren sozialdemokratisch und international gewählt: es hat sich gezeigt, daß Hunderttausende vom nationalen Kampfe abwärts stehen, und stolz konnte unsere Partei sagen, daß für sie die nationale Frage längst gelöst sei.

Und trotzdem ist das schöne Wort, das für uns die nationale Frage gelöst sei, wie alle schönen Worte, nur

eine halbe Wahrheit. Mit der ruhigen und verträglichen Ordnung der Sprachenverhältnisse in der Parteioorganisation selbst, mit der Verbreitung internationaler Gesinnung in der Arbeiterklasse hat die sozialdemokratische Partei ihre Aufgabe der Sprachenfrage gegenüber noch lange nicht erfüllt.

Dazu bedurfte es einer besonderen, den österreichischen Verhältnissen angepaßten Direktive, einer Nationalitätenpolitik, die es ermöglichen würde, den nationalen Kampf nicht bloß zu bekämpfen, sondern ihn auch, soweit es sich nicht verhindern läßt, zum Zwecke der Partei politisch auszunutzen. Föderalismus oder Zentralismus, böhmisches Staatsrecht oder österreichischer Einheitsstaat — so leicht und kampflös wohl sich solche Fragen unter der Herrschaft des Sozialismus lösen würden, heute bilden sie einen wichtigen Theil der österreichischen Politik und von der Art ihrer Lösung hängt für die Entwicklung unterer Partei mehr ab, als mancher Theoretiker meinen würde. Aber die Stellung der Partei zu dieser besonderen österreichischen Frage ist noch lange nicht genügend erklärt. Wohl erklärt die Partei, die Verrechtlichung der politischen Selbstständigkeit Böhmens und Mährens aus alten staatsrechtlichen Verträgen nicht anzuerkennen, andererseits aber spricht sie sich, wie selbstverständlich, für das freie Selbstverwaltungsrecht der Völker aus. Nun ist aber die Frage der nationalen Selbstverwaltung in keiner anderen Form praktisch als eben in der staatsrechtlichen. Eine neue, der „historischen Individualität“ der Länder nicht entsprechende Abgrenzung der nationalen Territorien gehört heute in den Bereich der Utopie, aber es kann nicht zweifelhaft sein, daß sich die „Länder der Wenzelkrone“ allmählich zu einer immer größeren Selbstständigkeit emporarbeiten werden und daß die Zukunft dieser Länder in letzter Linie nicht beim Reichsrathe, sondern bei den Landtagen liegen wird. Daß der Kampf um das Landtagswahlrecht noch nicht über das Stadium theoretischer Erklärungen hinaus gediehen ist, ist darum sehr bedauerlich.

Gelänge es der tschechischen Bourgeoisie, die Landtage in ihrem Sinne umzumodeln, ohne daß die Sozialdemokratie die Zeit fände, ein energisches Wort dreinzusprechen, dann würden die Landtage von Böhmen und Mähren derselben Versteinerung unterliegen, die schon im allgemeinen das Schicksal der Landtage zu sein scheint. Heute aber ist noch alles im Flusse. Welche feste Form nun die Verhältnisse in Oesterreich und besonders in Mähren annehmen werden, darum brauchte sich die sozialdemokratische Partei wenig zu kümmern, wenn sie noch klein und machtlos wäre; heute, wo sie gerade in Böhmen und Mähren eine Macht bildet, die auf die praktische Entwicklung Einfluß zu nehmen im Stande ist, darf sie es sich nicht mit allgemeinen Erklärungen genügen lassen, sondern muß nach genauer Erkenntniß der Sachlage zu den schwebenden nationalen und staatsrechtlichen Fragen Stellung nehmen.

Nirgends ist der Internationalismus unserer Partei so hart auf die Probe gestellt, wie in dem österreichischen Sudetenländern, und man weiß, daß er die Probe rühmlich bestanden hat. Die Demonstration für den Völkerfrieden, die zu Beginn des kommenden Monats in Prag stattfinden soll, wird der Welt neues Zeugniß davon geben, daß die Hege, der bornirteste Chauvinismus nicht im Stande ist, auseinander zu reißen, was die Noth-

wendigkeit und die Macht der sozialistischen Idee mit einander verbunden hat. Doch die Zeit rückt vor, und die Internationale von Oesterreich wird sich nicht mehr darauf beschränken dürfen, ihren Standpunkt zu vertheidigen, sie wird bald zum Angriff übergehen müssen gegen ihre nationalen Gegner, um sie auf ihrem eigenen Felde zu schlagen. Die Lösung der nationalen Frage in Oesterreich kann nur geschehen durch die Sozialdemokratie. Sie ist es allein, die den nationalen Frieden ehrlich will; wann sie ihn herstellen wird, hängt ab von der Entwicklung der Macht und ihrer inneren Reife.

Soziales und Partei-Leben.

Zum Kampfe der englischen Maschinenbauer. In der Berliner „Volksztg.“ wendet sich der Generalsekretär des englischen Gewerkschaftsbundes der Maschinenbauer und Sekretär der vereinigten Komitees, George N. Barnes, an die deutschen Gewerkschaften mit folgendem

Aufruf an die deutschen Arbeitskammeraden. Wie verfaßt, heftigsten englischen Unternehmer deutsche Metallarbeiter an die Stelle der deutschen englischen Kameraden zu setzen. Der Zentralrath hat mich daher beauftragt, einige Zeilen — durch Vermittlung des Herrn Rhein — an Euch zu richten und Euch zu bitten, vorläufig in der Heimath zu bleiben. Wir sind hier in einen großen Kampf um den Achtstundentag verwickelt und haben die mächtigste Kapitalistenvereinigung gegen uns, welche jemals in diesem Lande zu Stande gekommen ist. Der Kampf kostet dem Gewerkschaftsbund der Maschinenbauer wöchentlich eine Summe von 100 000 Mk. und wir vertrauen darauf, daß andere Arbeitsgenossen uns in dem Bemühen unterstützen werden, die größeren Summen, welche unserem Fonds noch zur Last fallen werden, sicher zu stellen. Unsere Arbeitsgenossen der Metallbranche haben uns bereits Geldunterstützung zukommen lassen, und wir würden fernere Hilfe von Seiten unserer Brüder auf dem Kontinent dankbar entgegennehmen. Wir kämpfen ebenso gut Euren Kampf wie den unsrigen, und ein jetzt von uns errungener Erfolg würde viel dazu beitragen, späterhin Eure eigenen Arbeitsbedingungen zu verbessern. — Es wäre eine herrliche Antwort auf die Werbung der Unternehmer um Leute, wenn Ihr, statt ihr Folge zu leisten, uns Hilfe z. kommen ließe in unserem Bemühen, den Vernichtungskampf gegen die gerechte Arbeitersache zu vereiteln.

Mit brüderlichem Gruß und im Namen der Arbeitersache Euer George N. Barnes.

Sämmtliche Vergolder und Hilfsarbeiter der Firma Gebrüder Feigl in Bukarest haben die Arbeit niedergelegt, weil die Unternehmer eine Lohnreduktion versuchten. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Fabrikanten sich um Ersatzkräfte nach Deutschland wenden werden. Die deutschen Kollegen werden ersucht, den Zuzug abzuhalten und Engagements nach Bukarest nicht anzunehmen.

Aus Nah und Fern.

Berlin. Der fromme und sittsame Herr Referendar als Denunziant. Die erste Strafkammer des Landgerichts I in Berlin hatte sich dieser

Für Chron und Altar.

Von Marc Monier.

Aus dem Französischen von Aug. Heine.

(9. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Ich erwartete ein summarisches Verfahren. Carmele saß neben ihnen, den Kopf in die Hand gestützt und mich beständig anblickend. In zehn bis fünfzehn Minuten bist Du im Senferts, dachte ich; es handelt sich nur darum, ob gekent, ob erschossen, ob vom Felsen gestürzt. Wüßlich — was war das. Der lustige Schall eines Hornes ertönte aus dem Walde — die Bersagliers! Als meine Richter verschwanden in der Höhle. Der Stein wurde davor gewälzt und kein menschliches Wesen hätte ahnen können, wo Jene verschwunden.

Die Klänge des Hornes kamen näher und näher und plötzlich, was erblickte ich? Ein wohlbekanntes Gesicht. Es war Tartaglia, welche zurückkehrte, in der Hand eine Trompete, welche er den Bersagliers gemault hatte, „um nicht ganz mit leeren Händen zurückzukehren,“ wie er sagte.

Als er mich an dem Baum erblickte, schlug er seine Hände über dem Kopf zusammen.

„Mein armer Tartaglia,“ sagte ich, als er bei mir war, „in den Sternen steht geschrieben, Du mußt mir das Leben retten, aber schnell — schnell — und dann laß uns beide machen, daß wir fortkommen.“

Während er mich loslöste, erzählte ich ihm, was passirt war.

„O, diese Frauen!“ seufzte er.

Ich ergriff meine Waffen, welche die Briganten liegen gelassen hatten und trieb: „Run aber fort!“

„Na, aber warum denn?“ entgegnete der gute Kerl, welcher stets die größte Courage gezeigt.

„Aber es sind elf gegen uns zwei!“
„Keine Sorge — Trombarbo war einst ein Löwe, Carmele hat ihn zu einem Wähschaf oder noch besser zu einem furchtsamen Kaninchen gemacht.“

Er trat gegen den Stein, der die Deffnung schloß, so daß solcher in die Höhle hineinkollerte und rief laut: „Freunde!“

Allein Niemand ließ sich blicken. Er stieg also hinein und blieb über eine Stunde darin. Er vertheidigte seine Sache und die meinige.

Seine eigene Sache war bald gewonnen: „Ich kehre zurück und habe eine Trompete erbeutet.“ Mit diesen Worten schlug er alle Einwendungen nieder.

„Warum ist er in den Wald gegangen, da er doch erst bei uns schlief?“ frug Carmele.

„Na, wenn Ihr einmal alles wissen wollt, so will ich's Euch sagen: er ist in Carmele verliebt; sie ruhte auf seiner Brust, um keinen schlechten Streich zu begehen, entfernte er sich.“

„Freilich, wenn es so ist,“ sagte Trombarbo.

Und Carmele, ebenfalls beruhigt, sang:
„Erwarte mich unter dem Lindenbaum
Des Abends, wenn's dunkel ist.“

Ich lag am Eingangsthor und horchte, denn ich war doch beunruhigt um das, was drinnen vorging.

Trombarbo verließ die Grotte zuerst. Er reichte mir brüderlich die Hand, machte mir Entschuldigungen wegen seines Mißtrauens, ebenso die Anderen.

Was mir aber am meisten am Herzen lag, war das Schicksal des armen Angelo.

Ich frug nach ihm.

Trombarbo nahm wieder eine strenge Miene an: Der Vater ist ein Verräther, ein füziger Hund; wenn das verlangte Lösegeld nicht bis Witternacht hier ist, so wandert der Junge ins Senferts.“

„Das Lösegeld wird pünktlich eintreffen,“ entgegnete ich, ich habe es selbst gesehen.“

„Und die Lebensmittel?“ frug der Lieutenant. „Wir crepiren vor Hunger!“

„Die Lebensmittel auch und die Waffen und alles andere.“

„Na, wir werden ja sehen“, brummte der Chef.

Als ich bat, einmal mit den Gefangenen sprechen zu dürfen, entgegnete er schroff: „Nein!“ und wendete mir den Rücken.

„Es liegt hier ein Gewitter in der Luft,“ murmelte Tartaglia.

Ich glaubte, der Künstler meine das figürlich, nämlich in Bezug auf die herrschende Gemüthsstimmung, denn das Wetter war entzückend. Noch etwas höher steigend, erblickte ich über den Wäldern weit in der Ferne die Fluthen des Meeres. Die Sonne sank, und Alles schien — vom Abendroth beschienen — im Feuer zu stehen.

„Großartig!“ rief Tartaglia. „Aber da hinten zieht es gewaltig schwarz heraus.“

Er beobachtete den Himmel, welcher wie ein blauer Edelstein erglänzte. Man erblickte kein Wölkchen. Eine Viertelstunde später und der Wind rollte einen schwarzen Ballen den Berg hinauf. Bevor jedoch ein Tropfen Regen fiel, trat Blitz und Donner ein. Der Blitz zerplitterte eine Eiche ganz in unserer Nähe.

Während einer halben Stunde erfolgte Schlag auf Schlag. Ein Tumult der Elemente trat ein. Blitz, Donner, Regen, Sturm, Uberschwemmung, Feuersbrunst und Erbeben.

„Einzig schön!“ deklamirte Tartaglia mit Enthusiasmus.

Tage mit dem Buche „Weib und Welt“ des bekannten Dichters Richard Dehmel im objektiven Verfahren zu be-
fassen. — Der Referendar Borries von Münchhausen
hatte Veranlassung genommen, einige der in jenem Buche
enthaltenen Gedichte als unzüchtig und gotteslästerlich der
Staatsanwaltschaft zu denunzieren. Der als Interessent
bei dem Verfahren anwesende Dichter verteidigte seine
Gedichtskinder gegen die ihnen widerfahrene Charakteristik
mit dem Aufwande seiner ganzen Verehrtheit und ver-
sicherte, daß weder er noch sein Verleger eine unglückliche
Entscheidung für möglich hielten. Der Gerichtshof er-
klärte zwar die Denunziation im Allgemeinen unbe-
gründet, erkannte aber doch auf Unbrauchbarmachung
eines der Gedichte. Der Dichter hat hiergegen die Revision
einlegen lassen.

Ein dunkler Gentleman. Der in Hannover erschei-
nende „Theater-Courier“ schreibt: Wegen Majestätsbelei-
digung wurde am 31. August nach der Vorstellung im
Tivoli Theater in Hannover der erste Liebhaber dieser
Bühne, Herr Bernhard Vorwerk, verhaftet. Die Herren
Direktor Ritter, Königl. Opernsänger Schubert und Ober-
regisseur Marx thaten sofort Schritte, um die Freilassung
des Herrn Vorwerk zu erwirken, was ihnen auch am
nächsten Morgen gelang. Ohne die eifrigen Schritte
dieser drei Herren hätte Vorwerk in langwieriger Unter-
suchungshaft sitzen müssen. Bei der Vernehmung Vor-
werks stellte es sich denn heraus, daß der am Tivoli-
Theater engagirt gewesene Epistodenspieler Hans Berger
(recte Siegfried) Herrn Vorwerk aus Rache denunzirt
hatte, indem er eine von Vorwerk gemachte harmlose
Aeußerung entstellte der Behörde mittheilte. „Wir
nageln“, schreibt der „Theater-Courier“ mit wohlthuernder
Robustheit, diesen Patron Hans Berger (recte Siegfried)
hier öffentlich an, damit sich jeder Kollege vor diesem
(folgt ein Ausdruck von besonderer Kraft) in Acht nehme,
der Wohlthaten in dieser infamen Weise vergilt, denn
Vorwerk hatte kurz vorher für ihn eine Kollekte gemacht.
Wer die Adresse dieses sauberen Bürgers weiß, ver-
pflichtet jeden Kollegen zu Dank, wenn er der Redaktion
des „Theater-Courier“ Mittheilungen macht, damit dieser
Mensch wegen wissentlich falscher Denunziation belangt
werden kann.“

Unschuld im Gefängniß. Aus Gotha wird be-
richtet: Ein Jahr unschuldig im Gefängniß hat der
Barbieregehilfe Albert Grobe aus Großhauer gefessen.
Derselbe war am 13. August 1895 wegen schweren Dieb-
stahls auf Grund des Zeugnisses seines damaligen Arbeit-
gebers Barbier Wittauer zu einem Jahr Gefängniß ver-
urtheilt worden und hat diese Strafe auch verbüßt. Er
sollte aus dem Bureau der Arnoldschen Brauerei 26 Mk.
in Baar und 70 Stück Biermarken unter Anwendung
von Gewalt gestohlen haben. Die Wiederaufnahme des
Verfahrens, welche am Dienstag, 31. August, vor dem
hiesigen Landgericht verhandelt wurde und bei welcher
elf Zeugen vernommen wurden, ergab eine so schwere
Erschütterung des Zeugnisses seines inzwischen verstorbenen
Arbeitgebers Wittauer, daß Freisprechung erfolgte. Die
Ehre des jungen Mannes, der durch einen Meinwid seines
Prinzipals in's Unglück gestürzt wurde, ist damit wieder
hergestellt. Wer entschädigt ihn aber nun für alle die
Qualen, welche er durch seine Haft schuldlos erlitten und
wer ersetzt ihm den materiellen Schaden, den er gehabt?
Der heutige Staat lehnt es ab, diese selbstverständliche
aller Gerechtigkeitspflichten auszuüben.

Die Ausweisung eines preussischen Soldaten erregt
in Gelsenkirchen Aufsehen. Die Amtsverwaltung der
zum Landkreise Gelsenkirchen gehörenden Gemeinde Ueck-
dorf stellte bei der Regierung den Antrag, den öster-
reichischen Staatsangehörigen Albert Budek mit seiner
Frau und seinen drei Kindern als lästigen Ausländer
auszuweisen, und hatte, wie der „Frankf. Ztg.“ mitge-
theilt wird, mit diesem Antrage auch insofern Erfolg, als
der Ausweisungsbefehl ausgefertigt und dem Budek zu-

gestellt wurde. Dieser legte nunmehr seine Militärpapiere
vor, welche beweisen, daß er seinerzeit zur Aushebung
herangezogen worden ist, daß er ferner volle drei Jahre
bei dem Infanterie-Regiment Nr. 131 in Metz gedient,
später eine dreiwöchige Uebung mitgemacht und die Ge-
freitenbüchse erhalten hat. Und dies Alles, obwohl
Budek österreichischer Unterthan ist, weil sein Vater in
Österreich geboren war und sich in Preußen nicht natu-
ralisiren ließ. Budek wurde in Wildstock, Kreis Saar-
brücken, geboren und lebt seit seinem dritten Lebensjahre
in der hiesigen Gemeinde, mußte also den Ortsbehörden
bekannt sein. Wenn nun der Fehler gemacht worden
war, ihn einzuziehen und ihn den Fahnenwid Schwören zu
lassen, dann durfte man doch nicht den weiteren Fehler
machen, ihn durch Landesverweisung zur Desertation zu
zwingen. Grund des Ausweisungsantrages war die
Unterstützungsbedürftigkeit der Familie, als Budek eine
mehrwöchige Gefängnißstrafe verbüßte.

Mit zerschmetterten Gliedmaßen wurde, wie aus
Laufen an der Guch (Württemberg) berichtet wird,
der seit Montag vor acht Tagen vermißte Welfer einer
größeren Samenhandlung, Johann Schlegel, am Dienstag
Vormittag, nachdem schon seit zwei Tagen ein Aufgebot
von Bürgern und Feuerwehrlenten die ganze Gegend ab-
streifte, am Fuße des „Hörnle“ (beliebter Aussichtspunkt)
tödt aufgefunden. Schlegel war schon einige Tage vom
Hause abwesend, hinterließ aber, daß er am Montag
zurückkäme. Er hatte eine größere Summe Geldes bei sich,
so daß man anfänglich auch an ein Verbrechen glaubte.
Es fand sich aber alles Geld noch bei ihm vor. Hut und
Schirm wurden auf dem Hörnle gefunden, die Uhr lag
in der Nähe des Verunglückten.

Eine „lustige Station“ à la Wörriehofen scheint die
Carlsruher Kneippanstalt zu sein, deren Leiter, Barrer
Ellerbach, sich kürzlich vor der Strafkammer in Mühlhausen
(Elsaß) zu verantworten hatte. Er war angeklagt, die
geistesranke ledige Eugenie Vogel aus Gundolsheim auf-
genommen zu haben, wozu er nicht berechtigt war. Herr
Ellerbach behauptet, nichts davon gewußt zu haben, daß
die Vogel geistesgestört sei, da ihre Mutter bei der Auf-
nahme ausdrücklich versicherte, daß die Eugenie kein
„Narr“ sei und er später ihr exzentrisches Benehmen auf
andere Ursachen zurückführte. Der Staatsanwalt bean-
tragte 5 Tage Haft, das Gericht erkannte jedoch auf
Freisprechung. Peinliches Aussehen erregte es in der Ge-
richtssitzung, als nachgewiesen wurde, daß dieselbe Eugenie
in der Carlsruher Kneippanstalt mißbraucht und schwanger
geworden ist.

Ein galanter Schwabe. In einer Sommerfrische des
Schätterthales hatten sich mehrere jungen Damen in der
herrlichen Luft und bei trefflicher Verpflegung vortrefflich
erholt. Um bei ihrer Heimkehr aber nicht allein die ro-
sigen Bäckchen als Düttling für die erfolgreiche Sommer-
frische, sondern auch etwas Schriftliches vorweisen zu
können, beschloß man, vor der Abreise sich noch wagen
zu lassen. Der Sohn des Hauses stellte sich freundlichst
zur Verfügung. In einer Damen fliegen jedoch Bedenken
gegen den Befähigungsnachweis des jungen Mannes auf.
Ob das ihr zugesprochene Gewicht ihr zu leicht oder zu
schwer erschien, sei dahingestellt. Kurz, sie fragte den
jungen Mann, ob er auch sein verantwortungsvolles Amt
recht verstehe. „Das will ich meinen“, antwortete der
biedere Sohn des Schwarzwaldes, „i han schon viele
Säue do druf gewoge!“ Der Befähigungsnachweis
wurde unter allgemeiner großer Heiterkeit für geliefert
erachtet.

Selbstmord aus Furcht vor Strafe. Jessberg,
2. September. Der unter dem Verdachte, das vorgestrige
große Brandunglück durch vorsätzliches An-
legen des Feuers verschuldet zu haben, verhaftete Land-
wirth Bohner hat sich im Gefängniß erhängt.
Ein Geständniß hatte er bei den wiederholten Vernehmungen
nicht abgelegt.

„Schändliches Wetter,“ entgegnete ich. „Pater
Giacinto kann unmöglich pünktlich mit dem Besegeld ein-
treffen.“

Das Unwetter verzog sich allmählich, aber meine Angst
stieg von Minute zu Minute.

Angelehnt an einen Felsen, sah ich jeden Augenblick,
wenn der Blitz die Nacht erhellte, nach der Uhr. Trom-
bardo, welcher von innerer Unruhe verzehrt, beständig hin
und her marschirte, ließ die feine Uhr schlagen. Minute um
Minute stoh mit beängstigender Geschwindigkeit.

Ich suchte das uns umgebene Dunkel mit den Augen
zu durchdringen.

„Siehst Du etwas?“ frug ich Tartaglia.

„Nicht das Geringste,“ entgegnete er und steckte sich
seine Pfeife in den Mund.

Trombardo ließ seine Uhr abermals repetiren, sie
schlug zwölf.

„Die Zeit ist um,“ rief er, bringt die Gefangenen
heraus und zündet die Fackeln an.“

„Bitte um Entschuldigung, Herr Capitän, es ist erst
elf Uhr fünfunddreißig.“

„Meine Uhr ist aus Genf!“

„Meine auch!“

„Meine ist eine Repetiruhr!“

„Und meine ein Chronometer!“

„Wenn meine Uhr falsch geht, so hat mich der alte
Epikur betrogen, das ist seine Schuld. Vorwärts,
bringt die Fackeln und die Gefangenen.“

„Halt, halt,“ rief ich, „nicht so eilig, ich beschwöre
Euch.“

„Keine Insubordination, Major,“ rief der Chef, „sonst
wird man Euch zuerst richten.“

„Wohlan, es sei, kommt her und faßt mich.“ Ich
nahm den Revolver zur Hand.

Die Fackeln wurden angezündet und gaben dem Ge-
sammtbilde ein dramatisches Ansehen.

Ich schoß nicht, ich wollte Trombardo nur erschrecken.
Der aber fürchtete nichts als die Versaglers. Bevor ich
meine Worte vollenden konnte, hatte er meine Hand-
gelenke umspannt, so fest, daß seine Fingernägel mir ins
Fleisch schnitten. Ich schrie vor Schmerz.

„Ist er unschädlich?“ lachte Carmele, welche her-
zukam.

„Was sollen wir mit ihm machen?“ frug der Com-
mandant zu Carmele gewendet, und ich erzitterte bei
dem Gedanken, daß zwei Menschenleben — vielleicht
sogar drei — abhängen sollten von der Laune eines
Kindes.

V.

Carmele setzte sich auf einen Felsblock und dachte
über den Fall nach. Es war vielleicht zum ersten Male
in ihrem Leben, daß sie ihre Gedanken sammelte. Aus
Schadenfreude wohl beabsichtigte sie, mich noch mehr in
Angst und Schrecken zu versetzen.

Ich habe die Frauen niemals verstanden.

Sie verblieb einige Minuten in stillem Nachsinnen.
Diese Minuten schienen mir ein Jahrhundert.

Sie saß zusammengebeugt, den Kopf in die Hände
gestützt, das Gesicht zur Erde gewendet.

Endlich erhob sie sich und erklärte, daß sie unser
Urtheil über Leben oder Tod aussprechen würde, sobald
Tartaglia in seine Trompete stoßen werde.

(Fortsetzung folgt.)

An Alkoholvergiftung gestorben ist auf einem Ritter-
gut bei Neustadt in Sachsen ein Knabe von vier
Jahren. Er war mit seinem neunjährigen Bruder
den Eltern, die auf dem Felde arbeiteten, nachge-
gangen und war über die Schnapsflasche des Vaters
gerathen.

Im Landkreise Bochum, namentlich im Herner
Bezirk, tritt die Ruhr in bössartiger Weise
epidemisch auf und fordert viele Opfer. In einigen
Orten haben bereits die Schulen geschlossen werden
müssen.

Unglücksfall. Auf der Station Altmachen, Linie
Kassel-Debra, wurden zwei elfjährige Kinder
(Zwillinge), die zu früh ausstiegen, von einem entgegen-
kommenden Güterzuge überfahren und auf der Stelle
getödtet.

Eine interessante Ehrenbeleidigungssache spielte sich
vor dem Bezirksgericht in Prag ab. Kläger war der
Advokat Dr. Johann Böck aus Leitmeritz, Angeklagter
der Herausgeber und Eigenthümer der „Humoristický
Listy“, Joseph Wilimel, in Prag. Dr. Böck hatte in
einer Sitzung des Leitmeritzer Gemeindeausschusses den
Antrag gestellt, aus dem Leitmeritzer Stadtwappen den
doppelschwänzigen böhmischen Löwen zu entfernen. Dies
veranlaßte die „Humoristický Listy“ zu der Frage, was
den böhmischen Löwen in dem Wappen ersetzen werde,
ob vielleicht der Esel, welcher den Antrag gestellt habe?
Darauf strengte Dr. Böck die Ehrenbeleidigungsklage an
und die Sache wurde in öffentlicher Sitzung verhandelt.
Trotzdem Wilimel gestand, das Manuscript gelesen zu
haben und auch die volle Verantwortung dafür über-
nahm, wurde er freigesprochen und Dr. Böck zum Tragen
der Gerichtskosten verurtheilt.

Schlimme Folgen eines Nervenfiebers. Aus Serbien
war kürzlich berichtet worden, daß die 21jährige bild-
schöne Frau des Banosvaer serbischen Kaufmannes und
Großgrundbesizers Lubomir Mihajlovitch ihren Gatten
zur Nachtzeit erschossen und sich dann selbst getödtet hat.
Nun werden folgende Aufsehen erregende Einzelheiten
nachgetragen. Frau Mihajlovitch war in letzter Zeit
äußerst gereizt, weil sie in dem Wahne lebte, sie müsse
bald sterben und ihr Gatte werde nach ihrem Tode eine
ihrer Schwestern, eine sehr reiche junge Wittwe, heirathen.
Diese dunkle Ahnung verfolgte sie namentlich seit dem
Tage, an welchem sie an einem Nervenfieber erkrankte,
und in dieser gereizten Stimmung verübte sie die That.
Vom Begräbniß, das unter riesiger Theilnehmung der
Bevölkerung vor sich ging, heimgekehrt, erfuhr die er-
wähnte junge Wittwe, daß sie der Uraß des blutigen
Dramas war. Ohne ein Wort zu sagen, eilte die junge
reiche Serbin zu dem die Stadt durchziehenden Tames-
flusse und warf sich in die Fluthen. Nur mit schwerer
Mühe gelang es, sie zu retten.

Vom Brand der „Elbe“. Englische Blätter wissen
über Versuche zur Hebung des in Folge größtlicher
Pflichtvernachlässigung des Steuermanns des englischen
Dampfers „Crahe“ s. B. bei Lowestoft unter-
gegangenen Lloyd dampfers „Elbe“ zu be-
richten. Der Dampfer liegt auf der Höhe von Browns
Ridge in nur etwa 16 Faden Wassertiefe. Die „Elbe“
hatte einen werthvollen Betrag von Edelmetallen an
Bord. Die Hebung des Schiffes ist von einer amerika-
nischen Gesellschaft in die Hand genommen, die über
Apparate verfügt, dank denen die Taucher in einer Wasser-
tiefe bis zu 500 Fuß arbeiten können. Sie hat erst vor
kurzem werthvolle Bergungen aus der Ladung eines im
Jahre 1765 im Huronsee gesunkenen und in 170 Fuß
Wassertiefe liegenden Schiffes bewerkstelligt. Die Unter-
bringung des Gesellschaftspersonals in Lowestoft hat bereits
begonnen.

Wie ist das anzustellen? Ein Ausfuhrgeschäft in
Irland versendet einen Artikel in Schachteln, auf denen
der Empfänger ermahnt wird, die Schachteln nicht eher
zu öffnen, als bis er die darin eingeschlossene Anweisung
gelesen hat.

2500 Findlinge sind im verflossenen Jahre von der
Polizei in New-York registriert worden. In den meisten
Fällen ist nicht Armuth das Motiv der Aussetzung. Die
Findlinge sind selten schlecht genährt und gekleidet, viele
sogar werden in Seide und Spitzen gehüllt gefunden, auf
der Schwelle der Reichen, aber auch in Seitengassen, auf
Partebänken, in Aschensässern und Wagen, die Nachts auf
den Straßen stehen. Sehr selten werden die Eltern der
Findlinge später bekannt. Der Gebrauch, ihnen Gegen-
stände mitzugeben, auf Grund deren später die Mutter
ihr Kind zu reklamiren gedenkt, scheint außer Mode ge-
kommen zu sein. Bis das Baby im Findelhaufe getauft
wird, bekommt es eine Nummer, und alle Umstände der
Auffindung werden in einem Buche registriert. Der ihm
bei der Taufe gegebene Name hängt meist von Zufällig-
keiten ab; es wird in keiner Weise prinzipiell dabei ver-
fahren. 90 pCt. der im städtischen Findelhaufe auf
„Ranbals Island“ untergebrachten Findlinge sterben im
ersten halben Jahre und zwar aus Mangel an bestimm-
licher Nahrung, gehöriger Pflege und den nöthigsten sani-
tären Einrichtungen in der Anstalt. Wenn die Findlinge
das Alter von drei Jahren erreichen, werden sie zur
Adoption ausgestellt, und man wird sie auch meist auf
diesem Wege los. Sie werden von westlichen Farmern
gesucht, die sich an ihnen billige Arbeitskräfte heranziehen.
Sehr viele Mütter, welche sich scheuen, ihr Baby auszu-
setzen, gehen in die Spitäler, wenn die Zeit ihrer Ent-
bindung herannahet, und lassen sich dort unter falschem
Namen und Adresse registriren. Sie nehmen später ihre
Kinder nicht mit sich, vorgebend, sie besäßen keine Existenz-
mittel.